

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem Illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 11.

Breslau, Freitag, 13. Januar 1893.

4. Jahrgang.

Der großindustrielle Kindermord in Preußen nach amtlichen Berichten.

I.

K. F. Aus den amtlichen Berichten der königlich preussischen Bezirksregierungen gedenken wir in Nachstehendem die Kunde zu schöpfen, welche Zustände die industrielle Kinderarbeit in Preußen gezeitigt, und wie dieselbe auf die ihr anheimgefallenen Kinder gewirkt hat.

Zunächst wollen wir feststellen, wie alt die Kinder im Allgemeinen waren, welche zur Arbeitshätigkeit in Industrie-Etablissements verwendet wurden, wie lange ferner die tägliche Arbeitszeit zu dauern pflegte und mit welcher Art Arbeit Kinder beschäftigt wurden.

Der Unterrichtsminister von Altenstein hatte am 26. Juni 1824 die Regierungen zu Aachen, Trier, Köln, Coblenz, Düsseldorf, Arnberg, Münster, Minden, Breslau und Liegnitz ersucht, ihm zehn Fragen zu beantworten, welche sich theils auf Alter, Gesundheit, Sittlichkeit und Schulunterricht der in den Fabriken ihrer Bezirke beschäftigten Kinder, theils auf die Art und die Dauer ihrer Arbeit bezog. Zugleich wünschte er Vorschläge für ein Gesetz, welches die Beschäftigung der Kinder regeln sollte.

Aus all' diesen zehn Berichten, welche bis Ende August 1825 beim Ministerium einliefen, ging hervor, daß Kinder aller Lebensalter in Fabriken beschäftigt wurden bis zu 7- und 6jährigen hinab, und daß in den industriellsten Gegenden, wie am Rhein, sogar 4jährige Kinder zur Fabrikarbeit gemißbraucht wurden.

Bezüglich der täglichen Arbeitsdauer war von den Regierungsberichten festgestellt, daß dieselbe fast überall den erheblichsten Schwankungen unterworfen war. Während hier und da, freilich nur in sehr wenigen

Betrieben, eine nicht mehr als 6stündige Arbeitsdauer angegeben war, betrug dieselbe im Allgemeinen 9 und 10 Stunden; auch 11- und 12stündige Arbeitszeit kam häufig genug vor und es mußte sogar 13-, 14-, ja selbst 16stündige Arbeitsdauer, dabei auch 10- und 11stündige Nacharbeit constatirt werden.

Die Regierung zu Arnberg befundete, daß Kinder in Fabriken der Eisenindustrie zahlreich beschäftigt wurden, in Nähfabriken, Bronze-, Panzer-, St.-Nadel-, Carcassen-*) Schnallen- und Finaerhutfabriken. Daneben in allen Fabriken der Textil-Industrie, in Pfeifen-, Deckelfabriken, Papierfabriken und Tabakfabriken, beim Grubenbau und in Hoch- und Walzwerken, Bleierz- aufbereitungs-Anstalten.

Auch nach den Berichten der übrigen Regierungen waren Kinder in allen möglichen Industrie-Unternehmungen thätig.

Im Bezirk Köln neben den bereits genannten in Seilereien, Kragenfabriken, Tapetenfabriken, Gut- und Porzellanfabriken; nach dem Coblenzer Berichte in Eisenschmelzhütten, Alaunhütten und Sedorienfabriken. Nach dem Berichte von Trier auch in einem Braunkohle-aufbereitungs- und einer Steingut- und Fayencefabrik, in einer Papiermühle, einer Kupfer-, Schwarz- und Weißblechfabrik. Nach dem Bericht der Liegnitzer Regierung waren Kinder hauptsächlich in fünf Wollspinnereien und fünf Glasfabriken beschäftigt; nach dem der Breslauer Regierung in Leinwandfabriken, Tuch- und Wollzeugfabriken, Maschinenspinnereien, Rattendrudereien, Eisenhütten und Tabakfabriken; nach den Berichten aus den Provinzen Sachsen und Brandenburg waren Kinder auch in Nagelschmieden und Gewerfabriken thätig.

*) Drahtgewebe.

Den Einfluß der Fabrikarbeit auf den Gesundheitszustand und die Körperentwicklung der Kinder schildern eine ganze Reihe der Berichte.

Die Kölner Regierung berichtete, daß die kindlichen Fabrikarbeiter dem Blutspieen und der Schwindel ausgesetzt und mit geschwollenen Füßen und Fußgeschwüren behaftet waren, welche Gesundheitschädigungen sammt noch anderen gesundheitschädlichen Einwirkungen der Textilindustrie vom Regierungsbericht auf das Einathmen eingeschlossener Luft, die mit feinen Wolltheilchen in Staub geschwängert war, und das Berichten der meisten Arbeiten im Stehen zurückgeführt wurde.

Aus dem Berichte der Liegnitzer Regierung ging hervor, daß die große Hitze und die gestörte Lebensweise bei den jugendlichen Arbeitern in den Glasfabriken, wo die Arbeit ohne Unterbrechung Tag und Nacht fortging, eine blasser Gesichtsfarbe erzeugte und allmählich die Gesundheit und Lebenskraft so zu schwächen pflegte, daß die Arbeiter, wenn sie erwachsen waren, häufig an Blödigkeit der Augen, an Nervenschwäche und Gliederlähmung litten und nur ausnahmsweise älter als 50 Jahre wurden.

Die Erfurter Regierung hob hervor, daß in ihrem Bezirke, hauptsächlich in den Nagelschmieden, das körperliche Befinden der arbeitenden Kinder ein schlechtes wäre, und zwar weil die Kinder hier von früh 4 bis Abends 6 Uhr, mit kurzen Pausen für Frühstück, Mittag und Vesper, mit einer Arbeit beschäftigt wurden, die weit über ihre Kräfte hinausginge. Die unglückseligen Opfer mußten nämlich täglich 12 Stunden und länger die Blasebälge ziehen, eine Thätigkeit, welche die Erfurter Regierung selbst für höchstens 4 Stunden des Tages den Kindern gestattet wissen wollte.

Das Geständniß der Düsseldorfer Regierung war noch ausführlicher und bemerkenswerther. Darin war

Feuilleton.

Michael Koblhaas.

Historische Erzählung von Heinrich von Kleist.

26]

Die Frau, indem sie in seine Hand sah, sprach: „Heil meinem Kurfürsten und Herrn! Deine Gnaden wird lange regieren, das Haus aus dem Du stammst lange bestehen, und Deine Nachkommen groß und herrlich werden, und zu Macht gelangen vor allen Fürsten und Herren der Welt!“

Der Kurfürst, nach einer Pause, in welcher er die Frau gedankenvoll ansah, sagte halblaut mit einem Schritte, den er zu mir that, daß es ihm jezo fast Leid thäte, einen Boten abgeschickt zu haben, um die Weißagung zu nichte zu machen; und während das Geld aus den Händen der Ritter, die ihm folgten, der Frau haufenweis unter vielem Jubel in den Schooß egnete, fragte er sie, indem er selbst in die Tasche griff und ein Goldstück dazu legte: ob der Gruß, den sie mir zu eröffnen hätte, auch von so silbernem Klang wäre, als der seinige?

Die Frau, nachdem sie einen Kasten, der ihr zur Seite stand, aufgemacht, und das Geld nach Sorte und Menge weikläufig und umständlich darin geordnet, und den Kasten wieder verschlossen hatte, schützte ihre Hand

die Sonne, gleichsam als ob sie ihr lästig wäre, und sah mich an; und da ich die Frage an sie wiederholte, und auf scherzhafte Weise, während sie meine Hand prüfte, zum Kurfürsten sagte: mir, scheint es, hat sie nichts das eben angenehm wäre, zu verkündigen; so ergriff sie ihre Krücken, hob sich langsam daran vom Schemel empor, und indem sie sich mit geheimnißvoll vorgehaltenen Händen dicht zu mir heran drängte, flüsterte sie mir vernehmlich ins Ohr: „Nein!“

„So!“ sag' ich verwirrt, und trat einen Schritt vor der Gestalt zurück, die sich mit einem Blick, kalt und leblos wie aus marmornen Augen, auf den Schemel, der hinter ihr stand, zurücksetzte; von welcher Seite her droht meinem Hause Gefahr?

Die Frau, indem sie eine Kohle und ein Papier zur Hand nahm und ihre Kniee kreuzte, fragte, ob sie es mir aufschreiben sollte?

Und da ich, verlegen in der That, bloß weil mir unter den bestehenden Umständen nichts anderes übrig blieb, antwortete: „Ja! das thu!“ so versetzte sie: „wohlan, breiterlei schreib ich Dir auf, den Namen des letzten Regenten Deines Hauses, die Jahreszahl, da er sein Reich verlieren, und den Namen dessen, der es durch die Gewalt der Waffen an sich reißen wird.“

Dies vor den Augen alles Volks abgemacht, erhebt sie sich, verklebt den Zettel mit Lack, den sie in ihrem weissen Munde befeuchtet, und drückt einen bleiernen, an ihrem Mittelfinger befindlichen Siegelring darauf.

Und da ich den Zettel, neugierig, wie du leicht

begriffst, mehr als Worte sagen können, erfassen will, spricht sie: „Mit nichten Hobelt!“ und wendet sich und hebt ihrer Krücken eine empor: „Von jenem Mann dort, der mit dem Federhut auf der Bank steht hinter allem Volk, am Kirchengang, löstest Du, wenn es Dir beliebt, den Zettel ein!“

Und damit, ehe ich noch recht begriffen, was sie sagt, auf dem Platz vor Erstarren sprachlos, läßt sie mich stehen; und während sie den Kasten, der hinter ihr stand, zusammen-schlug und über den Rücken warf, mischt sie sich, ohne daß ich weiter bemerken konnte, was sie thut, unter den Haufen des uns umringenden Volks.

Nun trat, zu meinem in der That herzlichem Trost, in eben diesem Augenblick der Ritter auf, den der Kurfürst ins Schloß geschickt hatte, und meldete ihm mit lachendem Munde, daß der Rebhock getödtet, und durch zwei Jäger vor seinen Augen in die Küche geschleppt worden sei.

Der Kurfürst, indem er seinen Arm munter in den meinigen legte, in der Absicht mich von dem Platz hinwegzuführen, sagte: „Nun, wohlan! so war die Prophezeiung eine alltägliche Gaunerei, und Zeit und Geld, die sie uns gekostet nicht werth!“

Aber wie groß war unser Erstaunen, da sich noch während dieser Worte ein Geschrei rings auf dem Platz erhob, und aller Augen sich einem großen, vom Schloßhof herantrabenden Schlächterhund zuwandten, der in der Küche den Rebhock als gute Beute beim Nacken erfaßt, und das Thier drei Schritte von uns,

gesagt, daß sich die Fabrikanten dieses Bezirkes durch kleine Gesichter, matte und entzündete Augen, aufgeschwollene Leiber, aufgedunsene Waden, geschwollene Lippen und Naseflügel, Drüsenanschwellungen am Hals, böse Hautausschläge und asthmatische Zufälle von den nicht in Fabriken arbeitenden Kindern unterscheiden. Ueberwältigt von dem ungeheuren Jammer, den die Thätigkeit im Dienste der industriellen Großindustrie über die Kinder des Arbeitervolkes heraufgeführt hatte, nannte sie die Dörfelborfer Regierung selbst „unglückliche Geschöpfe, die frühe dem Familienleben entfremdet wurden und ihre Jugendzeit in Kummer und Elend verbrachten.“

Die Regierung dieses Bezirkes und in demselben Maße vielleicht nur die Regierung des westfälischen Regierungsbezirkes Arnberg, hatte begriffen, daß die Fabrikarbeit auf die beteiligten Kinder geradezu entmenschend und vernichtend wirkt. Sie hatte sich z. B. überzeugt, daß der Belgiproceß in der Broncefabrik die Kinder heimsuchte mit acuter *) Vergiftung, während der den Grünspan enthaltende Staub sie chronisch *) vergiftete. Es war ihr zum Bewußtsein gedrungen, daß die Nadelherstellung mit Nothwendigkeit bei den Kindern Brust- und Lungenleiden erzeugte, zumal einige Arbeiten in fast hermetisch **) geschlossenen Räumen verrichtet werden mußten, um das Anlaufen der Nadeln zu verhindern. Der Mangel an freier Luft und Bewegung wirkte übrigens, ganz abgesehen von derartigen besonderen Krankheitsursachen, auf den Körperzustand der allermeisten Kinder um so ungünstiger ein, als die außerordentlich schlechten Wohnungs-Verhältnisse der ärmeren und ärmsten Volksschichten waren.

Wie die großindustrielle Thätigkeit in sittlicher und geistiger Beziehung auf die Kinder einwirkte, werden wir im nächsten Artikel betrachten.

*) Acute Krankheiten sind fieberhafte, rasch verlaufende, chronische dagegen langwierige Krankheiten.
**) Luftdicht.

Entlarvt.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die in Dortmund erscheinende „Arbeiter-Zeitung“:

„Planmäßig wurde im letzten Jahre das Einkommen der Förderung durch Feierschichten und Arbeiterentlassungen betrieben, planmäßig wurden offenbar auch die Löhne herabgesetzt auf den Gruben des Ruhrreviers. Das mußte Jeder einsehen, der den Augen im hiesigen Industriebezirk mit Aufmerksamkeit folgte. Daß aber diese planmäßige Schädigung der Lebenshaltung des Arbeiters, denn auf eine solche lassen und laufen alle Unternehmungen genannter Kategorie hinaus, etwa mit dem bis jetzt Geschehenen ihren Endpunkt erreicht hätte, das wird keiner, der die nimmerfette Profitgier der Kohlenbarone kennt, behaupten wollen. Und sollte es dennoch Leute geben, die gutmüthig und leichtgläubig genug wären, derartige Gedanken, die wir geradezu leichtsinnig nennen möchten, zu hegen, nun, den Leuten wird in folgenden Zeilen eine Bille gegeben werden, die geeignet ist, sie gründlich von ihrer Träumerei zu beilen. Wir hatten das Glück, eine Druckschrift aufzufischen, die jedenfalls nicht für die Deffinitivität und ganz gemäß

nicht für die Redaction einer socialdemokratischen Zeitung bestimmt war, sondern deren Wirkungskreis nicht über die Grenze der „Garpener Bergbau-Arbeiter-Gesellschaft“ hinausgriff.“

Die Druckschrift trägt auf der ersten Textseite (vom dem Titelblatt fehlt die obere Hälfte) die Ueberschrift:

„Bericht des Aufsichtsraths zur ordentlichen Generalversammlung am 29 October 1892.“

Dieser Bericht enthält die Abrechnung pro 1891 bis 1892 und außerdem Vorschläge, deren einer ein Zugeständnis vom großen Werthe ist.

Auf Seite 4 des Berichts lesen wir:

Das Sinken der Arbeitsleistung ist weniger der verminderten Reistung der Kohlenbauer, als der verminderten Abbaumethode mit Bergeversatz auf vielen Zechen zuzuschreiben, und muß damit auf die Dauer gerechnet werden. Immerhin hat die Erfahrung gezeigt, daß eine Erhöhung der Leistung bei sinkenden Löhnen eintritt, und eine Ermäßigung der Löhne ist die nothwendige Folge der veränderten Lage der Kohlenindustrie, da die Löhne allein zwei Drittel der Selbstkosten ausmachen. Die Verabfolgung der Löhne kann selbstverständlich nur allmählig geschehen und wird durch den Preierückgang der Nahrungsmittel, in Folge der reichen Ernte, die die Maßregel den Arbeiter weniger hart treffen.

Nun wissen die Bergleute, die Lohnsklaven der Garpener Gesellschaft, was ihnen die Zukunft bringen wird. Nun wissen sie, wie der Kohlenbaron rechnet.

Ein jeder Arbeiter, der nach dem großen Streik von 1889 einen Blick in grubencapitalistische Blätter warf, hat zu hunderten von Malen lesen müssen, daß der Streik die Bergleute störrig und arbeitsunwillig gemacht habe, daß das Sinken der Arbeitsleistung nichts als den geschundenen, durch Hunger geküchelten Frieden zwischen Capital und Arbeit zur Ursache habe. Und nun? Was lesen wir hier schwarz auf weiß? In der Hauptsache ist die Methode des Abbaues, die eine Verringerung erfährt, schuld daran.

Und weiter, wie nennt man es, wenn, als die gute Ernte winkte, capitalistische Blätter darob einen Lobgesang anstimmten und den Arbeiter auf die naheende Erntelagerhaltung seiner Lebenshaltung hingewiesen, und wenn nun, nachdem die Teuerung in etwas nachgelassen, das Capital sich dieser Thatsache bemächtigt und seine Schritte, aus dem armen ausgepressten Proletarier immer noch mehr Mehrwerth herauszupressen, danach einrichtet? Wie nennt man das? Das nennt man brutal, nein, schlimmer als brutal, der Ausdruck dafür muß erst noch gefunden werden.

Wie ekelhaft-gemein klingt der Hinweis auf die „Erfahrung“, daß eine Erhöhung der Arbeitsleistung die Folge sinkender Löhne ist! Accorarbeit in Modearbeit, und den Grubenbaronen in die Ausnutzung und ungenügende Bezahlung der in den Gruben verausgabten Arbeitskraft noch nicht mörderisch genug. Es soll noch mehr gepreßt, geschraubt, geschunden werden, durch den in unserer Zeit günstigen Umstand des Preisrückgangs der Nahrungsmittel wird ja die Maßregel weiter r Kohlenbaronierung „den Arbeiter weniger hart

treffen“. Daß die Kohlenreduction den Arbeiter hart betrifft, ist den Kohlenbaronen also bekannt. Sie geben es hier schwarz auf weiß zu. Aber trotzdem wird rebuziert, denn der Profit, die Dividende muß steigen, und da mag der Arbeiter verderben.

Was brauchen wir weiter Zeugniß?“

**Socialpolitische Rundschau.
Deutschland.**

Die „reichstrennen Parteien“ bangen um ihre Haut. So klagt das freiconservative „Deutsche Wochenblatt: „Eine Reichstags-Auflösung unter den jetzigen Verhältnissen erscheint uns geradezu als ein Lössteuern auf den Verfassungskonflikt — denn ob im Einzelnen Freikämige, Socialdemokraten oder Antisemiten mehr Erfolge erzielen, — das allgemeine Stimmrecht müßte nicht sein, was es ist — ein Spiegel der öffentlichen Meinung, wenn es sich nicht mit unzweideutiger Deutlichkeit gegen den Grafen von Caprivi entschiede. Wirtschaftlich und politisch hat eine so weitgehende Unzufriedenheit alle Schichten des deutschen Volkes durchdrungen, daß eine Reichstagsauflösung uns vorkäme als — um ein beliebtes Bild umzukehren — gösse man Feuer ins Del. Der Zündstoff ist reichlich da, deshalb gehe man vorsichtig mit dem Feuer um und spiele nicht damit, wie man es thun würde, wenn man die Beunruhigung einer Reichstagsauflösung in die ohnehin erregten Massen schleudert. Es gehört wahrlich nur ein oberflächliches Urtheil über Dinge und Personen dazu, um zu ermessen, daß eine Reichstagsauflösung für den Grafen von Caprivi ebenso großen Mißerfolg haben würde, wie sie dem Fürsten Bismarck 1887 Erfolg brachte. Seitdem ist eben eine Wandlung der Personen und Anschauungen eingetreten, wie kaum je in einem gleich kurzen Zeitabschnitt.“ Man glaubt wirklich die Zähne der Herren klappen zu hören.

— Bangigkeit vor der Reichstagsauflösung hat nun auch die „Kreuzzeitung“ befallen. Sie schreibt:

„Auch wir würden, wie wir die Stimmung im Volke kennen, diesem Wahlkampfe ein besonderes günstiges Horoscop zu stellen vermögen. Um so bedeutsamer aber müßte uns erscheinen, wenn der Mann, der auch heute noch in Deutschland als die erste politische Autorität angesehen wird, sich entschließen könnte, das Bollgewicht dieser Autorität für die Regierung in die Waagschale zu werfen, mit der vollen Wucht seines weltgeschichtlichen Namens dafür einzutreten, daß eine Angelegenheit wie diese, nicht, um trivial zu bezeichnen, aussehe wie das „Hornburger Schießen“, oder zu endlosen Wirren führe, wie sie das Ergbniß etwa wiederholter Auflösungen des Reichstages werden müßten.“

Der Mann, der seine Autorität für die Regierung in die Waagschale werfen soll, ist Bismarck. Es ist in Rücksicht auf den nachsüchtigen Charakter Bismarcks eine verrückte Zumuthung, derselben solle — nach allem, was er bisher gegen die Regierung that — sofort umkehren und für dieselbe eintreten. Aber selbst, wenn er es thäte, könnte diese abgetafelte „Frösche“ die Regierung nicht retten. Im Kampf um die Militärvorlage muß sie bei Neuwahlen unterliegen. Es ist jedoch

Armes Kind.

Ein Großstadtbild von Heinrich Landsberger.

„D, er hatte es verstanden, wie leise sie auch sprachen, da an der Thür, die Mutter und der Doctor. Er würde sterben, hatte der Doctor gesagt und recht bald. Da ging die Mutter hinaus in die Küche und weinte dort. So sollte er nichts merken.“

Die Schwindbluth hieß seine Krankheit. Nun lag er schon viele Wochen so im Bett. Bald wird er also todt sein. Vielleicht schon heute . . .

Todt! Da lagen die Menschen dann wie im Schlaf und niemals wachten sie mehr auf und merkten nichts und spürten nichts mehr von sich, gar nichts . . .

Früher hatte er sich davor ganz schrecklich gefürchtet. Er hatte schon einmal einen Todten gesehen, den Vater, mit dem weißen Gesicht. Dann kam er in die Erde hinein und nun lag er dort ganz verlassen und allein, mitten im Freien und es war so einsam auf dem Kirchhof und auch so fürchterlich kalt. An den Fensterschreiben war bides Eis. Du und da lag der Vater so mitten da draußen . . .

Nun aber fürchtet er sich gar nicht mehr. Die Todten merkten ja nichts . . .

verfolgt von Rnechten und Magden, auf den Boden fallen ließ, bergestalt, daß in der That die Prophezeiung des Bises, zum Unterpfand alles dessen was sie vorgebracht, erfüllt, und der Rebod uns bis auf den Markt, obichon allerdings todte gegen gekommen war. Der Blitz, der an einem Wintertag vom Himmel fällt, kann nicht vernichtender treffen, als mich dieser Abblid, und meine erste Bemühung, sobald ich der Gesellschaft in der ich mich beband überhoben, war gleich der Mann mit dem Federhut, den mir das Weid bezeichnet hatte, auszusüßeln; doch keiner meiner Leute, unangeseht während drei Tage auf Rundschiff geschickt, war im Stande mir auch nur auf die entfernteste Weise Nachricht davon zu geben; und jetzt, Freund Kunz vor wenig Wochen, in der Meierei zu Dohme, habe ich den Mann mit meinen eigenen Augen gesehen.

Damit nun ließ er die Hand des Kammerers fahren; und während er sich den Schweiß abtrocknete, sank er wieder auf das Lager zurück.

Der Kammerer, der es für vergebliche Mühe hielt, mit seiner Ansicht von diesem Vorfall die Ansicht, die der Kurfürst davon hatte, zu durchkreuzen und zu berichtigen, bat ihn, doch irgend ein Mittel zu versuchen des Bettes habhaft zu werden, und den Kerl nachher seinem Schicksal zu überlassen; doch der Kurfürst antwortete, daß er platerdings kein Mittel dazu sähe, obschon der Gedanke ihn entbehren zu müssen, aber wohl gar die Bittschickung davon mit diesem

der Verzweiflung nahe brächte. Auf die Frage des Freundes, ob er denn Versuche gemacht die Person der Zgrunerin selbst auszuforschen? erwiderte der Kurfürst, daß das Subernium auf einen Befehl, den er unter einem falschen Vorwand an dasselbe erlassen, diesem Wibe vergebens bis auf den heutigen Tag in allen Plägen des Kurfürstenthums nachspüre, wobei er aus Gracben, die er jedoch näher zu entwickeln sich weigerte überhaupt zweifelte, daß sie in Sachsen auszumitteln sei.

Nun traf es sich, daß der Kammerer mehrerer beträchtlichen Güter wegen, die seiner Frau aus der Hinterlassenschaft des abgesetzten und bald darauf verstorbenen Erzkanzlers Grafen Rallheim in der Neumarkte zugefallen waren, nach Berlin reisen wollte; bergestalt, daß, da er den Kurfürsten in der That liebte, er ihn nach einer kurzen Ueberlegung fragte, ob er ihm in dieser Sache freie Hand lassen wolle? und da dieser, indem er seine Hand herzlich an seine Brust drückte, antwortete: „Denke, Du seist ich, und schaff mir den Zank!“ so beschleunigte der Kammerer, nachdem er seine Geschäfte abgegeben, um einige Tage seine Abreise, und fuhr mit Zurücklassung seiner Frau, bloß von einigen Bedienten begleitet, nach Berlin ab.

Kohlhaas, der inzwischen wie schon gesagt, in Berlin angekommen war, wurde auf einen Specialbefehl des Kurfürsten in ein ritterliches Gefängniß gebracht.

der „Kreuzzeitung“ nicht allein um die Rettung der Regierung, sondern auch um die der herrschenden Parteien zu thun. Diese Parteien haben ihr großes Sündenregister gleich Bismarck — beide würden bei den Wahlen trotz einträchtigen Vorgehens gekippt werden. Bismarck wird kaum Verlangen tragen, sich bei Neuwahlen eine Ohrfeige zu holen, wie er eine solche 1890 erhalten hat.

Wie die Socialdemokratie bekämpft wird? Im letzten Sommer wurden im Hochaltarmontanen Gladbach unsere Genossen nach Beendiung einer Versammlung bei hellem Tage und auf offener Straße von einer gegnerischen Schaar angefallen und übel zugerichtet. Als Waffen dienten Eisenstäbe, Knüttel, Messer und Steine. Ein Socialdemokrat aus Rhydt suchte mit blutüberströmtem Kopfe Schutz in einem Hause, wurde aber aus demselben hinausgewiesen, als seine Verfolger drohten, das Haus zu demoliren. Andere Socialdemokraten erhielten Messerschläge oder wurden jämmerlich zugerichtet. Dieser Tage wurde gegen die Hauptkhelden dieses Ueberfalls, Hausierer Hartmann, Tachdecker Wilms und Fuhrmann Dick, vor dem Schöffengericht zu Gladbach verhandelt und diesen auch ihre Gewaltthätigkeiten nachgewiesen. Das Urtheil lautete Geldstrafen von 30 Mark bei den Erstgenannten und auf 15 Mark bei Dick. Wilms führte seinen Patriotismus und seinen katholischen Glauben als mildernde Umstände in's Feld. In der Begründung des Urtheils heißt es, es sei Pflicht jedes Gläubigen und Anhänger aller Parteien, für Aufrechterhaltung der Ordnung u. c. Sorge zu tragen, die Angeklagten seien indessen zu weit gegangen.

Dreißig Mark Geldstrafe für Messerstecher!

Zu den Welsensfonds-Quittungen liegt nunmehr eine eingehendere Neußung der Reichsregierung vor. Aus derselben geht hervor, daß im April und Mai 1892 der ehemalige württembergische Hauptmann Müller, welcher sich durch seine Veröffentlichungen von Soldatenmißhandlungen bekannt gemacht hat und nun in Zürich wohnt, dem deutschen Gesandten in der Schweiz die Mittheilung gemacht hat, „ein hochstehender Herr in Berlin“ habe ihm hundert Belege zum Welsensfonds übersandt und ihn aufgefordert, auf Grund derselben eine Schrift zu verfassen. Obwohl er nun, Müller, „von der Echtheit dieser Belege fest überzeugt“ sei, wolle er gleichwohl mit der Sache nichts zu thun haben, sondern sei entschlossen, die Publikation zu hinterreiben. Da er „in einem Pflichtloste zwischen seinem Vaterland und gegenüber ihm anvertrauten fremden Gute stehe“, so wolle er jetzt den Ausweg wählen, die Belege zu verbrennen. Das Letztere soll denn auch geschehen sein; gesehen hat es aber, wie die Gesandtschaft ausdrücklich erklärt, niemand. Gleichwohl hielt die Regierung diese Anhaltspunkte für hinreichend, um die ganze Quittungsgeschichte als Fälschung zu erklären. Wir finden, daß dieser Schluß ein vornehmlicher ist.

Branntweinverkauf durch Consumvereine. Wie der „Reichsanzeiger“ jetzt bekannt macht, hat der Minister des Innern unter dem 11. November 1892 das nachstehende Circular an sämtliche königliche Regierungspräsidenten vom 11. November 1892, betreffend

den Ausschank geistiger Getränke oder den Verkauf von Branntwein im Wege des Kleinhandels durch Consumvereine und sonstige Gesellschaften an die Regierungspräsidenten gerichtet:

Es haben sich namentlich in neuester Zeit vielfach Consumvereine und sonstige Gesellschaften gebildet, welche wesentlich den Ausschank geistiger Getränke oder den Verkauf von Branntwein im Wege des Kleinhandels an ihre Mitglieder bezwecken. Ob die preussischen Gerichte, die hierin einen Gewerbebetrieb bisher nicht erblickt haben, von ihrer Praxis abgehen, und sich der Rechtsansicht des Dresdener Ober-Landesschieds anschließen möchten, das bei eingetragenen Consumvereinen mit Rücksicht auf deren selbständige juristische Persönlichkeit die Merkmale eines concessionspflichtigen Betriebes als vorhanden erachtet, erscheint fraglich, jedenfalls aber kann angenommen werden, daß in einer großen Zahl von Fällen die Form eines Consumvereins oder einer sonstigen Gesellschaft zu den vorgedachten Zwecken nur simulirt ist und in Wahrheit ein concessionspflichtiger Schankwirtschaftsbetrieb oder Branntwein-Kleinhandel des Lagerhalters, Geschäftsführers, Caßellans u. s. w. vorliegt, dessen gleichwidriges Treiben die Mitglieder häufig noch durch Beförderung eines billigen Einkaufes der Getränke in seinem Interesse oder in anderer Weise unterstützen. Da solche Beförderungshandlungen — durch eine nur zum Schein vorgeschobene Vereinsbildung — an vielen Orten zu einer ernstlichen Gefahr für das Volkswohl zu werden drohen, ersuche ich, die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden auf die in Rede stehenden Vereine besonders hinzulenken. Durch sorgfältige Ermittlungen ist überall der Sachverhalt möglichst klar zu stellen und das gesammelte Material, falls der Verdacht der Simulation sich begründen läßt, zur Strafverfolgung gegen den Lagerhalter und die etwa mitschuldigen Mitglieder den Staatsanwaltschaften zu übergeben. Seitens der letzteren ist nach einer Mittheilung des Herrn Justizministers ein nachdrückliches Vorgehen zu erwarten.

Auch diese Verfügung wird dem Umsichgreifen der Branntweinpest nicht Einhalt thun, so lange die Strafgesetzgebung wie die allgemeine Nothlage das Volk verarmen und daher immer mehr zum Branntwein greifen läßt.

Ahlwardt hat, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, von Primanern des Schneidemühl. Gymnasiums eine Zustimmungsadresse erhalten. Alle Primaner mit Ausnahme von zweien sollen die Adresse unterzeichnet haben. Das wird ja immer schöner!

Die wirtschaftliche Weltkrisis erfährt eine neue Illustration in folgender Mittheilung aus London: Dem Ausweise des Handelsamtes zufolge betrug die Einfuhr in dem abgelaufenen Jahre 424 Millionen Pfd. St., das ist eine Abnahme gegen 1891 um 12 Millionen Pfd. St. und die Ausfuhr 227 Millionen Pfd. St., also eine Abnahme von 20 Millionen Pfd. St. gegen 1891.

Antisemitische Unwissenheit. Die „Hann. Post“ hat irgendwoher eine Kritik über ein Buch von D. Fleißmann, „Die Vorgänge und die kommende Revolution“, geschritten, in der sich folgende Thorheiten über die französische Revolution des vorigen Jahrhunderts und die heutige socialdemokratische Partei befinden:

„Es ist erstaunlich, in welchem Maße die Rousseauschen Ideen dem modernen Socialismus entsprechen, und wie das moderne Jacobinerthum, das unser Vaterland ins Verderben zu stürzen droht, dem französischen ähnelt. Dasselbe rohe Phrasenhum, dieselbe Unwissenheit, dieselbe Brutalität, dieselbe Scrupellosigkeit, derselbe Cultus eines sogenannten Principe, derselbe Dünkel, derselbe Wahnsinn mit Methode wie damals!“

Und heute, die so wenig vom Socialismus wissen, daß sie nicht einmal dessen in der materialistischen Geschichtsauffassung wurzelnde Grundlagen kennen und sie mit den ideologischen Rousseaus gleichstellen — solche Dummköpfe wollen über große Volksbewegungen urtheilen!

Der Staat ist wieder einmal gerettet. In Chemnitz wollte die bekannte Verfasserin des Buches: „Dreieinhalb Monate Fabrikarbeiterin“, Frau Dr. Minna Wetstein-Adelt, einen Vortrag halten. Die Chemnitzer Polizeibehörde hat jedoch diesen Vortrag mit der Motivirung verboten, daß Rednerin wohl nur unter der Arbeitererschaft aufreizend und — entsetzlich wirkend wirken wolle. — Die passivste Antwort wäre darauf die gewesen, daß von einer Entfesselung gar keine Rede sein könne, weil ja die Herren Fabrikanten doch den Vortrag nicht besucht hätten.

Die Lex Heinze wirft ihre Schatten voraus. Wie die „Neue Steintiner Zeitung“ mittheilt, hat der Staatsanwalt in Köslin ein Verdict verhängt, wonach er bestimmte Schriften von Alexander Dumas, Daudet, Eugen Sue, Tolstoi, Sachet Majoch, Paul de Kock als unzüchtig beschlagnahmt.

Was ist die katholische Socialökonomie? Betteluppenpraxis. So wird sie zutreffend von der „Schwäbischen Tagwacht“ unter Berufung auf die neue Broschüre des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ genannt. In dieser Publikation heißt es im Artikel „Christlicher Socialismus“ u. a.: „Der Socialismus hat nur nichts mit dem christlichen Ideal zu thun, sondern er wirft die ganze social-christliche Ökonomie über den Haufen. Das Christenthum hat nämlich schon seit langem seine eigene sociale Ökonomie: die Väter der Kirche haben sie aufgestellt, und sie wurde von Jahrhundert zu Jahrhundert durch die Tradition weiter gelehrt. Zusammengefaßt finden wir sie in der Rede Bouffets: „Ueber die hohe Würde der Armen in der Kirche.“ Arm und Reich gehören gleichmäßig in den Plan der Vorsehung. Gott bedarf beider für ihre gegenseitige Hilfe. Durch den Kanal der christlichen Nächstenliebe soll der Ueberfluß der Einen dem Bedürfniß der Andern zufließen. Dies ist die katholische Socialökonomie.“

Es wäre mehr als Naivität, wenn die Zeitung der katholischen Geistlichkeit wirklich glauben sollte, eine solche kindliche Socialpolitik könne bei der Arbeiterschaft Anklang finden. Die Kirche stützt ja die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, die wirksamlich gleichfalls auf das Verschlucken des Mehrwerts der Arbeitskraft gegründet ist, selbst auf realere Machtmittel nämlich auf Schule, Polizei, Justiz und Militär.

Die bayrischen Landtagswahlen sollen nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ beim im Mo-

ganzen gewiß sehr schön sein. Warum er sich überhaupt nur einmal davor gesürchtet hatte?

Salafen! Ach und er war doch immer so müde. Früher, als der Vater noch lebte, da nicht. Dann aber, als er starb.

Früh um fünf Uhr weckte ihn die Mutter. Oft, im Winter, da war es draußen noch ganz dunkle Nacht und auch so kalt. Da ging er zum Bäcker, der gab ihm einen Korb mit Semmeln und die trug er fort. Hinauf und hinunter die Treppen, wohl vierzig oder fünfzig Mal, bis die Zeit zur Schule kam. Da mußte er aber ordentlich laufen, kaum daß er noch den Kaffee trinken konnte, den ihm die Mutter gab, nur damit er zurecht kam. Denn kam er zu spät, da hieß ihn der Lehrer an der Türe stehen bleiben, die ganze Stunde lang. Und er war doch so müde. Manchmal gab's deshalb auch Prügel: die Augen fielen ihm zu und er paßte nicht ordentlich auf. Dann, Nachmittags, mußte er in's Geschäft, in eine Buchhandlung. Von zwei bis sieben. Da lief er wieder herum, in einem fort. Abends kam er endlich nach Hause, da waren die Schularbeiten da und erst wenn die fertig waren, konnte er ins Bett. Das Abendessen ließ er manchmal stehen, so schrecklich müde war er . . .

„Armes Kind“, sagte immer die Mutter zu ihm und streichelte ihn. Die Mutter war so gut. Er hatte auch keine Ruhe den ganzen Tag. Früh und abends trug sie Zeitungen aus, den übrigen Tag saß sie da und nähte, seitdem er krank war, oft die

ganze Nacht hindurch, bis zum Morgen, weil er ihr nicht mehr helfen konnte, jetzt, wo er krank war. Bei der Buchhandlung hatte er die Woche doch immer zwei Mark und fünfzig Pfennige bekommen und beim Bäcker eine Mark und fünfzig, und das machte zusammen vier Mark. Die hatte nun die Mutter weniger und außerdem war noch die Medicin zu bezahlen. Jetzt war sie wieder darnach.

In den Ferien war es anders. Zu Ostern und Weihnachten ging er in die Ultramarin-Fabrik und im Sommer und Herbst hinaus auf's Feld. Im Sommer Rüben graben, im Herbst Kartoffeln. Am Floe entlang ging die Eisenbahn. Da stiegen im Sommer die Jungen, wenn sie wegfahren in die Ferien-Colonien, immer jubelnd die Köpfe heraus. Er durfte niemals mit, denn er saß immer auf der letzten und vorletzten Bank. . . .

Schön war's am Sonntag. Da konnte er schlafen den ganzen Tag. Manchmal, Nachmittags im Sommer, ging auch die Mutter mit ihm spazieren. Das half ihm gar nicht. So herumgehen, ohne daß es doch notwendig war, wie etwa wenn er die Semmeln austrug oder wenn er nach der Schule mußte. Bloss auf der großen Wiese, wenn die andern Jungen die großen Papierdrachen steigen ließen, das war so lustig, wenn sie hoch hinauf in die Lüfte stiegen, daß man sie kaum noch sah. . . .

Wie der Wind draußen blies. Nun wurde es auch bald wieder Winter. Der Vater, der fror nicht mehr in seinem Grab. Wie mochte das nur sein?

Einmal nämlich kam er aus der Schule, der Lehrer hatte ihnen erzählt, daß die Menschen nach dem Tode wieder lebendig würden in der Hölle. Der Vater war aber ordentlich böse darüber. „Dumm r' Jung“, sagte er zu ihm, „laß' Dir doch nicht so was erzählen; wenn der Mensch todt ist, dann ist er todt und bleibt er todt. Das sagt Dir der Lehrer nur, damit Du hier auf der Erde immer hübsch artig bleibst und hungert und friert und nicht aufmüßt und denken sollst, dafür komm' ich auch mal in den Himmel.“ So sprach der Vater zu ihm. Ganz hatte er ihn nicht verstanden. Aber der Vater mußte es doch wissen und das war ja auch nicht zu begriffen, daß ein todtter Mensch wieder lebendig wird. Fröhlich, dann in den Himmel zu kommen, das mußte wohl was Schönes sein. Da gab's gewiß keine Bäder und keine Zeitungen. Das war ja aber nicht wahr, so hatte es ja auch der Vater gesagt. . . .

Warum auch noch in den Himmel? Ganz still und ruhig so zu liegen, ohne daß Jemand einen wackte, das war schön genug. Wenn er bloß schlafen dürfte schlafen, schlafen. . . .

Kleine Flocken rieselten draußen. Die Mutter kam immer noch nicht.

Und plötzlich fühlte er etwas Warmes aufsteigen im Hals, etwas Heißes, glühend Heißes. . . .

Schmerzhaft warf sich die Mutter über das Bett. Auf dem blassen Kindergeicht aber lag ein lächelndes Glückliches Kind!

nat Juli stattfinden. Die „Münchener Post“ glaubt jedoch Anhaltspunkte für die Annahme zu haben, daß die Wahl erheblich früher stattfinden wird.

Bergarbeiter-Ausstand in Oberschlesien. Auf „Deutschlandgrube“ und „Schlesiergrube“ bei Schwienichowitz, dem Grafen Guido Hensel von Dommersmard gehörig, ist ein partieller Ausstand der Bergarbeiter ausgebrochen.

Ausland.

Schweiz.

Die gewerblichen Schiedsgerichte bestehen im Canton Bas-Stadt seit December 1889, in welchem Monat zuerst die Wahlen der Schiedsrichter durch die Interessenten wie bei öffentlichen Wahlen vorgenommen wurden; dabei betheiligten sich 17 Procent der stimmberechtigten Wähler. Ende vorigen Monats fand die zweite Erneuerung des Richtercollegiums statt, wobei sich nur 12 Procent am Wahlacte betheiligten. Die Zahl der Richter beträgt 120, 60 Arbeitgeber und 60 Arbeiter; sämtliche Gewerbe sind in zehn Gruppen abgegrenzt, auf welche je 12 Laienrichter entfallen. Jeder Gerichtsvorstand setzt sich aus zwei Laienrichtern und einem Obmann, der juristisch gebildet ist, zusammen; jedes Jahr wurden im Durchschnitt 500 Streitfälle erledigt; im Allgemeinen functionirt das neue Institut zur allgemeinen Zufriedenheit.

Frankreich.

Die Erregung der Massen, welche über die Saunereien der Panamawindeln empört sind, wird noch gesteigert durch die Arbeitslosigkeit und das immer mehr um sich greifende Elend, das in Folge des anhaltenden Frostwinters noch beständig wächst. Immer lauter wird die allgemeine Klage, die öffentlichen Nachtberbergen können den Zubehör der Obdachlosen nicht zwingen; von verlassenen Seiten schlägt man vor, aus der großen Maschinenhalle der Ausstellung von 1889 eine solche nächtliche Zufluchtsstätte zu machen. Die zahlreichen, durch Kälte und Hunger veranlaßten Todesfälle, von welchen jetzt täglich die Blätter berichten, sind für das öffentliche Gefühl auch ein Scandal, und ein schlimmerer, als der im Parlament entstandene. So lieft man jetzt wieder eine besonders empörende Erzählung. Auf der Straße bricht eine Frau, durch Entbehrung erschöpft, zusammen. Man trägt sie in eine Apotheke, um ihr eine Stärkung einzuschütten, aber sie stirbt den Hilfsleistenden unter den Händen. Der herbeigerufene Polizeicommissar findet in der Tasche ihres Kleides ihre Adresse. Er begiebt sich in ihre Wohnung und läßt durch einen Schloffer die Thüre öffnen. Auf einem Strohlager in der Ecke, dem einzigen Hausrath, liegen zwei halberfrorene Knaben von fünf und zwei Jahren, denen es seit zwei Tagen an jeder Nahrung gefehlt hat!

Und die Panamagauner haben Millionen mit ihren Maitressen verjubelt!

Der schon erwähnte ehemalige Ministerialbeamte Blondin erklärt jetzt, daß er nicht nur eine halbe Million, sondern 1886 eine halbe Million und 1888 noch eine halbe Million Francs von der Panama-Gesellschaft erhalten und diese auch vollständig an den Minister Baihaut ausbezahlt habe. Baihaut leugnet, während Fontane diese Aussage Blondins bestätigt.

Carmaux. Das Ergebnis der stattgehabten Ersatzwahlen ist folgendes:

Jaurès, der Candidat der vereinigten Socialisten hat 4320, Géral (Bourgeois Republikaner) 3923 und Soulié, ein zweiter Socialistischer Candidat 1075 Stimmen erhalten. In Folge der bedauerlichen Zersplitterung der Arbeiterstimmen muß also eine Stichwahl (Ballotage) — am nächsten Sonntag — stattfinden. Da von vornherein ausgemacht war, daß die Stimmen Soulié's bei einer Stichwahl sich auf Jaurès zu vereinigten haben, so ist an dem Siege des Letzteren nicht zu zweifeln. Verhändler aber wäre es gewesen, man hätte eine Stichwahl vermieden.

Partei-Angelegenheiten.

Berlin. Am Sonnabend wurden die verantwortlichen Redacteure am „Vorwärts“, Genossen Enders und Held, wegen Beleidigung in vier Fällen zu 1050 Mark resp. 200 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der Gerichtshof fand die Beleidigungen in vier Artikeln: 1. Ein neues Opfer des Militarismus, worin gesagt war, der Soldat Schwengler des 52. Infanterie-Regiments habe sich, durch die Mißhandlung eines Unterofficiers getrieben, das Leben genommen. Der zweite Fall betraf den Selbstaum d. s. Musikers A. Bouillon vom 96. Infanterie-Regiment in Rudolstadt. Im dritten Falle hatte sich der Bürgermeister Kemharol in Staßfurt durch die Veröffentlichung einer Anzahl Schrift-

stücke beleidigt gefühlt, die derselbe bei Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Fabrikanten mit den letzteren gewechselt und eine Maßregelung socialdemokratisch geäußert Arbeiter in sich schließen sollten. Der letzte Fall betraf eine Beleidigung des Staatsanwalts Majer in Magdeburg. Der Staatsanwalt hatte gegen Enders 9 Monate Gefängnis und bei Geld 200 Mark Geldstrafe beantragt.

Genosse Albert Schreidt, Factor der Druckerei der „Brandenburger Zeitung“, wurde vor einigen Tagen auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Königsberg in Pr. verhaftet, in welchem Orte er vor der Ueberführung nach Brandenburg seinen Wohnsitz hatte. Ueber den Grund der Verhaftung ist nichts bekannt.

Quittung

Im Monat December gingen bei dem Unterzeichneten ein:

- a) Freiwillige Beiträge:
 - Mona, Sparclub Tante 5,60 Mk. Berlin, Beiträge der Wabikreise: 2. Kreis 280, —, 3. Kreis (Mit) 4,75 Mk., 4. Kreis (Osten) 479,85 Mk., 4. Kreis (Südosten) 190, —, 5. Kreis 750, —, 6. Kreis (Moabit) 100 Mk.
 - Berlin diverse Beiträge: Consum-Revision R. R. 1, —, 2, —, 3, —, 4, —, 5, —, 6, —, 7, —, 8, —, 9, —, 10, —, 11, —, 12, —, 13, —, 14, —, 15, —, 16, —, 17, —, 18, —, 19, —, 20, —, 21, —, 22, —, 23, —, 24, —, 25, —, 26, —, 27, —, 28, —, 29, —, 30, —, 31, —, 32, —, 33, —, 34, —, 35, —, 36, —, 37, —, 38, —, 39, —, 40, —, 41, —, 42, —, 43, —, 44, —, 45, —, 46, —, 47, —, 48, —, 49, —, 50, —, 51, —, 52, —, 53, —, 54, —, 55, —, 56, —, 57, —, 58, —, 59, —, 60, —, 61, —, 62, —, 63, —, 64, —, 65, —, 66, —, 67, —, 68, —, 69, —, 70, —, 71, —, 72, —, 73, —, 74, —, 75, —, 76, —, 77, —, 78, —, 79, —, 80, —, 81, —, 82, —, 83, —, 84, —, 85, —, 86, —, 87, —, 88, —, 89, —, 90, —, 91, —, 92, —, 93, —, 94, —, 95, —, 96, —, 97, —, 98, —, 99, —, 100, —.
- b) Für Maitressen:
 - Maim bei Bremen 13, —, Pachtum 5, —, Berlin, den 6. Januar 1893.

Parlamentarische Nachrichten.

Im Abgeordnetenhaus sind jetzt nach der langen Ruhepause tagtäglich Plenarsitzungen in Aussicht genommen. Am Donnerstag wird der Etat mit einer „großen“ Rede des Finanzministers eingebracht und bereits Anfang nächster Woche zur ersten Beratung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung des Wahlverfahrens wird Ende dieser Woche das Plenum beschäftigen. Die in der Presse geäußerte Absicht, aus Rücksicht auf die Sitzungen der Steuercommission in den Plenarsitzungen eine nochmalige Unterbrechung eintreten zu lassen, besteht nach zuverlässigen Informationen an maßgebender Stelle nicht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Januar 1893.

[Gerichtsverhandlungen] Genosse Karl Thiel durfte nun über sein Schicksal vollständige Gewißheit haben. Nun aber hat sich die Nemesis den Genossen Friedrich zum Opfer anerkoren. Sonnabend, den 14. Januar, und Sonnabend, den 21. Januar, früh 9 Uhr, finden gegen Friedrich zwei Verhandlungen statt. Im ersteren Falle handelt es sich um eine angebliche Beleidigung des Schuhmanns Kühn, im zweiten um eine solche des Schuhmanns Christoph.

[Arbeiterfest.] Wir machen an dieser Stelle noch einmal auf das am Sonnabend, den 14. Januar stattfindende Stiftungsfest des Central-Vereins deutscher Wärtcher aufmerksam. Wie bekannt, liegt ein tieferer Zweck bei diesem Arbeiterfest darin, daß es den alt-

modischen, den Jammerrummel verherrlichenden Reifentanz der Wärtcher abschaffen will. Wenigstens sollen die Wärtchergesellen immer mehr und mehr davon entfernt werden, sich zur Belustigung der Meister als Statisten gebrauchen zu lassen. Das vorliegende Programm für Sonnabend Abend ist durchweg im Sinne einer zielbewußten Arbeiter-Corporation gehalten. Wir können den Besuch des Festes nur empfehlen.

[Militärisches.] Wir machen unsere stellungspflichtigen Leser der „Volkswacht“ aufmerksam, daß von Montag, den 16. Januar bis Montag, den 30. Januar, die Anmeldungen zur Rekrutierungs-Stammrolle erfolgen müssen. Und zwar kommen in dem bezeichneten Zeitraum täglich zwei Polizeibereiche zur Regelung des Meldegeschäftes daran. Zur näheren Information über diese Angelegenheit wollen die Betheiligten es nicht versäumen, an den Bekanntmachungen des Magistrats, an den Anschlagssäulen zu orientiren. Meldepflichtig sind die im Jahre 1871, 1872 und 1873 Geborenen, sowie diejenigen, welche früher als 1871 geboren, und weder ihrer Militärpflicht genügt, noch eine definitive Entscheidung der Ersatz-Behörden erhalten haben. In den meisten Breslauer Zeitungen hat der Magistrat eine Bekanntmachung schon vor längerer Zeit erlassen, welche alle das Meldegeschäft betreffenden Fragen specialisirt. Die „Volkswacht“ dagegen, wurde wie in den meisten Fällen übergegangen. Uns sollte dies schon sehr recht sein, wenn Socialdemokraten von der Heerpflicht ausgeschlossen würden, da dies aber leider nicht der Fall, glauben wir berechtigt zu sein, auch dergleichen magistratuellen Bekanntmachungen für die „Volkswacht“ beanspruchen zu dürfen. Muß etwa diese „Gunst“ erst durch Gehorsam erworben werden.

[Vom Lobe-Theater.] Die Schönthan-Kabellburgische Schwan-Novität: „Zwei glückliche Tage“ welche sich hier ebenso wie im „Deutschen Theater“ in Berlin als Zug- und Kassenstück bewährt, gelangt heute Donnerstag zur Aufführung; morgen Freitag legt Friedrich Haase sein Gastspiel im „Marcel“, „Eine Befehung“, „Marien-Sommer“, „Eine Partie Piquet“ fort. Alexander Biffon's, des geistreichen und witzigen Verfassers von „Madame Bonivari“ neuestes Stück „Familie Pont-Biquet“, welches den diesjährigen sogenannten „Schlager“ des Residenz-Theaters in Berlin bildet und dort allabendlich vor ausverkauften Häusern aufgeführt wird, ist vom Director Witte-Wild für das Lobe-Theater erworben.

[Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 1. Januar bis 7. Januar 1893 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 57 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 239 Kinder geboren, davon waren 204 ehelich, 35 unehelich, 232 lebendgeboren (126 männlich, 106 weiblich), 7 todtgeboren (4 männlich, 3 weiblich.) Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 169 (mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 45 darunter 9 unehelich (Geborene), von 1—5 Jahren 32, über 80 Jahre 8. — Es starben an Scharlach 2, an Masern und Röteln 5, an Rose —, an Diphtheritis und Group 11, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten 2, an Unterleibstypus incl. Nervenfieber —, an acutem Gelenkrheumatismus —, an Brechdurchfall —, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 5, an anderen acuten Darmkrankheiten 1, an Krebs 7, an Gehirnschlag 9, an Krämpfen 9, an anderen Krankheiten des Gehirns 1, an Lungenschwindsucht 24, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 25, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organen 2, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organen 6, an Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 18, an allen übrigen Krankheiten 32, in Folge von Verunglückung 3, in Folge von Selbstmord —, in sieben Fällen war die Ursache unbekannt. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen Gestorbene in der Berichtswache: 25,50, und in der betreffenden Woche des Vorjahres —, in der Vorwoche —.

[Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.] In der Woche vom 1. Januar bis 7. Januar 1893 wurden 221 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod. Boden —, Diphtheritis 19, an Unterleibstypus 5 an Flecktypus —, an Scharlach 12, an Masern 184, an Ruhr —, an Wochenbettfieber 1.

[Alarmirung der Feuerwehr.] Am 10ten Januar, Vormittags 10 Uhr, gerieth in Folge fehlerhafter Heizungsanlage in einer im ersten Stock des Grundstückes Lauenburgerstraße 81 belegenen Speisekammer ein Theil der Verschaltung einer Holzwanne, sowie der

Kopf eines Dachsparren in Brand. Die Feuerwehr löschte das noch unbedeutende Feuer durch einige Eimer Wasser. — Am demselben Tage, Nachmittags 3 1/2 Uhr, brannte in einem im Grundriss Lauenhakenstraße 51 gelegenen Keller die Closetverpackung in Folge Unvorsichtigkeit beim Aufbauen der Wasserleitungsröhren. Vor Ankunft der Feuerwehr war jede Gefahr unterdrückt.

[Selbstmord.] In Berlin hat sich der früher Director der Breslauer Discontobank Stadtrath P. d. von hier in einem Hotel erhängt.

[Vermiſt] wird seit dem 9. d. M. der 28 Jahre alte Sohn einer auf der Oberstraße wohnenden Wittwe Namens Paul Schuster. Derselbe ist groß, schlank, hat schwarzes Haar und über dem linken Auge eine Schramme. Bekleidet ist er mit braunem Anzug, schwarzen Strümpfen, schwarzer Mütze und weißem Halstuch.

[Verlust.] Ein Hilfsbuchhalter des Vorschubvereins hat am 10. d. Mts. auf dem Wege von der Neuschelstraße bis zur Graupenstraße eine halbe Rolle 3-hunmarkstücke im Betrage von 1000 Mark verloren. Die Rolle war mit weißem Papier eingehüllt und trug die Aufschrift „Vorschub-Verein Breslau“.

[Betrug.] Am 10. d. Mts. wurde ein stellungsloser Kutcher von einem jungen Manne um den Betrag von 9.75 Mark betrogen. Der Schwindler versprach dem Kutcher die Besorgung einer guten Stelle und pumpte dem Leichtgläubigen um die obige Summe an, mit der er auf Nimmerwiedersehen verschwand. Der Gauner war mittelgroß, hager, hatte schwarzen Schnurrbart und trug einen grauen Anzug.

[Polizeiliche Meldungen.] In das Polizeigefängniß wurden am 10. d. Mts. 54 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einem Dienstmädchen auf der Poststraße 31 Mark; einem Fräulein auf der Friedrichstraße ein Paar Handschuhe und eine Korallenbroche; einem Bäckerlehrling auf der Friedrichstraße eine silberne Cylinderuhr; einem Hausbesitzer auf der Hermannstraße mittelst Einbruchs ein Hahn und sieben Hühner. — Abhanden kamen: 6 Mk.; ein Packet Säckchen, gezeichnet N. M. Perl; zwei Portemonnaies mit 10 und 13 Mark Inhalt. — Gefunden wurden: Ein Wechsel über 500 Mark; ein schwarzer Winter-Überzieher; ein Halstuch.

[Eine wichtige, die Presse betreffende Entscheidung] wurde, wie die „Volks-Zeitung“ schreibt, dieser Tage von der Strafkammer des Landgerichts zu Hannover in der Privatklagesache des Hofjahnarztes Dr. Kende daselbst gegen den Redacteur einer Berliner Zeitung gefällt. Unter der Spitzmarke „Consulats-Ideas“ war in dem Blatte eine Notiz über einen Vorfall abgedruckt, der sich in einer größeren Provinzialstadt abgespielt hat. Diese bezog der Privatkläger auf sich und strengte, weil einige Exemplare der Zeitschrift durch die Postanstalt zu Hannover bezogen worden, bei dem Amtsgericht zu Hannover die Beleidigungsklage gegen den Redacteur an. Dieser erhob den Einwand der Unzuständigkeit des Amtsgerichts zu Hannover, da weder die That im dortigen Bezirke begangen worden sei, noch der Beschuldigte seinen Wohnsitz in demselben hätte. Es wurde in dem Schriftsaze hervorgehoben, daß die Thätigkeit des Redacteurs mit der Zeichnung der Zeitung abgeschlossen sei, und diese ist weislich in Berlin erfolgt. Für den Verbreitungsact anderer Personen trage der Redacteur keine Verantwortlichkeit. Das Amtsgericht trat diesen überzeuenden Ausführungen bei und sprach deshalb seine Unzuständigkeit aus. Dagegen hat nunmehr auf die vom Privatkläger eingelegte Beschwerde das Landgericht zu Hannover das Hauptverfahren gegen den beschuldigten Redacteur eröffnet und die Zuständigkeit des Amtsgerichts zu Hannover ausgesprochen, da der Redacteur in allen den Drien seinen Gerichtsstand habe, in denen es von demselben redigirte Blatt zur Verbreitung gelangt. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Entscheidung in dritter Instanz nicht bestätigt werde.

Kunst und Litteratur.

Die Judenfrage*) von Dr. Franz Lütgenau. Vorliegt eine Broschüre, wie vorstehend betitelt, in welcher Verfasser von ethischen und ökonomischen Gesichtspunkten geleitet uns ein klares Bild von der Entstehung und dem Wesen des „Antisemitismus“ entwirft. Die Broschüre wird gewiß nicht verfehlen, den Leser über den wahren Werth der antisemitischen Bewegung aufzuklären und wollen wir wegen des Interesses, das auch unsere Leser der Frage entgegenbringen, dieses aus dem Inhalt hervorheben. Zunächst er-

läutert der Verfasser den Begriff der Nationalität und kommt zu dem Schlusse: Die Nationen unterscheiden sich nach den Sprachen, die Nationalitäten verwandeln sich mit dem Wandel der Sprachen und der Einzelne ist national, der die nationale Sprache redet. Demnach könne von einer jüdischen Nation nur so lange gesprochen werden, als das Hebräische die Muttersprache der Juden ist. Jetzt giebt es in Deutschland keine deutschen Juden mehr oder doch nur noch im confessionellen Sinne des Wortes Jude, sondern nur noch jüdische Deutsche. Der Antisemitismus, so erklärt der Verfasser bei der geschichtlichen Untersuchung der Frage: „Wie kommt es, daß die Juden immer noch ein besonderes Ganze bilden?“ ist in Deutschland keineswegs so alt, wie uns Einzelne glauben machen wollen. Erst mit dem Entstehen eines christlich germanischen Kaufmannstandes, erst als unsere Germanen das Schachern selbst gelernt hatten und es nun ebenso gut verstanden, wie die Juden, da empfanden sie die jüdische Concurrnz als lästig und damit verband sich die Abneigung gegen die Juden, die bis dahin (also bis zum 13. Jahrhundert) die Träger des Handels, namentlich des internationalen Handels waren. Aus der anfänglichen Abneigung entwickelte sich der Haß gegen die Juden, die nun halb grausamen Verfolgungen ausgesetzt waren. Um ihren Verfolgern überlegen zu werden, mußten sie klüger wie diese sein. Wie dem Weibe, sagt man dem Juden List und Schlaueit nach, aber jenes hat der Mann und diesen hat das christliche Capital geradezu auf den Gebrauch solcher Eigenschaften verwiesen. Mit der Entwicklung der Industrie war das Capital allmächtig und ein ungeheuer großes Capital war erforderlich. Die Juden hatten das Capital und darum — also aus ökonomischem Interesse der herrschenden Gruppen nicht aus idealen Motiven — mußte den Juden die Gleichberechtigung zugestanden werden. An der weiteren Bekämpfung des jüdischen Capitals hat nur das christliche Großcapital ein Interesse und darum unterstützt dieses den „modernen Antisemitismus“ durch Geld, wie im Parlament. Im Interesse der großen Capitalisten liegt es, daß die Opfer der capitalistischen Produktionsweise, also diejenigen Leute die durch den Kleinbetrieb ihre Existenz finden, von der wirklichen Ursache ihrer Noth abgelenkt werden. Daß auch Studenten sich an dem Treiben des Antisemitismus in besonders unverständiger und verwerflicher Weise betheiligen, hat mannigfaltige Gründe. Die Erziehung des Gymnasiums entbehrt meist der festen Basis. Der Student der Rechte oder der Medicin erblickt in dem jüdischen Mitteldirenden einen späteren geschäftlichen Concurrenten, der sich möglichst Weise durch eine Ausnahmestellung gegen die Juden beseitigen ließe. Der Radicalismus, dem die studirende Jugend gern anhängt, kann sich im Antisemitismus ausreichend und ohne Schaden für die spätere Carriere Genüge thun. Der deutsche Student ist nicht Antisemit aus Confession, sondern Profession, zum Glück gehört die Zukunft nicht der akademischen, sondern der arbeitenden Jugend.

Die „Neue Freie Volksbühne“ hat wegen Ueberfüllung ihrer ersten Abtheilung eine zweite Abtheilung neu gearüdet, für welche am Sonntag, M. tags 2 Uhr, im Victoria-, früher Belle-Alliance-Theater als erste Vorstellung eine Wiederholung des „Lumpensündels“ von Ernst von Wolzogen stattfindet. Die nächste neue Bühnenveranstaltung der „Neuen Freien Volksbühne“ zu Ende Januar ist „Rein Hüsung“.

Dr. Otto Brahm, der Herausgeber der „Freien Bühne“ in Berlin, der im September 1891 die Direction des dortigen „Deutschen Theaters“ übernimmt, bereist gegenwärtig die verschiedenen deutschen Bühnen, um Kräfte für sein Unternehmen zu gewinnen. Ob es ihm gelingen wird, auf die Berliner Theaterverhältnisse und die Bühnenlitteratur bessernd einzuwirken, kann man noch nicht voraussagen. Jedenfalls dürfte Dr. Brahm hierzu die geeignetste Person sein.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der socialdemokratischen Partei Deutschlands Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892. 304 Seiten, elegant gebunden Preis 50 Pf. Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Berlin SW. Behrenstraße 2. Das „Protokoll“ des Berliner Parteitages enthält das Programm der Partei in der Erfurter Fassung, ferner das Organisationsstatut seinem neuesten Wortlaut nach, also mit den angenommenen Abänderungen. Daran schließen sich die Vorlagen an den Parteitag, bestehend aus den Anträgen aus den Kreisen der Parteigenossen, dem Bericht des Parteivorstandes, und der jüdischen der socialdemokratischen Reichstagsfraktion über ihre parlamentarische Thätigkeit von 1891/92. Dann folgt das eigentliche „Protokoll“. Die Verhandlungen sind nach der stenographischen Aufnahme wiedergegeben. Wegen ihrer praktischen Bedeutung erheben dieselben den Anspruch des lebendigsten Interesses seitens aller Parteigenossen. Die zur Sprache gekommenen Angelegenheiten und sonstigen Geschäfte der Partei, die strengen, vom Standpunkte unierer Principien ausgehende Kritik und Selbstkritik, haben hermitelen das mir ohne

uns zu schaden, alle unsere Verhältnisse vor der Öffentlichkeit besprechen können. Die Kenntnis der Verhandlungen ist daher jedem Parteigenossen nothwendig. Zur Orientirung sind noch Präsenzlifte und Sprechregister angefügt. In Rücksicht auf den hohen agitatorischen Werth und die dadurch wünschenswerthe Massenverbreitung ist der Verkaufspreis auf 50 Pfg. bei vorzüglicher, geschmackvoller Ausstattung festgesetzt.

Schlesien. Aufruf

an die Genossen von Brieg.

Genossen! Ihr wißt, in welcher traurigen Lage sich die hiesigen Arbeiter befinden. Der harte Winter hat überall Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen gebracht, selbst bei Bahnarbeitern, welche Tag und Nacht bei Kälte und Gefahr verantwortungsvolles leisten müssen. Und trotzdem ist unsere Bewegung eine sehr laue zu nennen. Genossen, dies kann und muß anders werden, ganz besonders jetzt, wo wir möglicherweise eine Reichstagswahl zu gewärtigen haben. Es steht uns zur Zeit kein Local zur Verfügung, in dem Versammlungen abgehalten werden könnten; Pflicht eines jeden zielbewußten Genossen sei deshalb, nach dieser Richtung zu arbeiten, in allen Kreisen behringende Aufklärung zu verbreiten. Weiter müssen wir wissen, daß wir auf der Wacht zu stehen haben gegen einen mächtigen Feind der Arbeiterklasse, den Capitalismus. Eine Paß in diesem Kampfe giebt es erst, wenn dieser Feind besiegt ist. Kein Einzelner freilich kann solch eine Aufgabe auf sich nehmen, die ganze Klasse der Arbeiter hat einzutreten. Hinweg damit mit allem Schlaf und Träumen. Wächet auf! Mit unbeugsamem Willen und dem Schwert des Geistes vorwärts. Denn nur der unermüdeten Arbeit winkt der Lohn in der Erringung des großen Zieles. Von oben kommt das Heil nicht, sondern durch die Arbeit des Proletariats, hervorgehend aus den Urkräften des Volkes. Genossen, stehen wir fest im Kampfe um die Sache des darbenenden Volkes; helfen wir nach Kräften. Dann wird die Menschheit sein ein Tempel des Wahren, Guten und Schönen.

Genossen vorwärts!

Altwasser. Genosse Schlinger, Mitglied der Gemeindeverordneten, beantragte in einer Sitzung derselben, Neuwahl für das ausgeschiedene Mitglied, Genossen Wolfmann, welcher nach Berlin verzog. Man lehnte jedoch den Antrag einstimmig ab — Daran sind wir allerdings gewöhnt.

Waldenburg. Dem hiesigen Arbeiterverein ist sehr Local im „Kaiser“ zu Altwasser abgetrieben worden. Jedenfalls wegen seiner Klüchtigkeit und aus Angst vor dem Genossen Michaelis, welcher nach hier verzogen ist. Nicht wenig mag auch die Aufstellung Müllers aus Westfalen als Reichstagscandidaten in der letzten Volksversammlung zu Wolzogen beigetragen haben. — Jetzt können die Genossen nach ihren Mühen ruhig schlafen, denn das Vaterland ist gerettet. — Die monatlichen Beiträge für den Arbeiterverein sind an den Genossen Cigarrenmacher Hähnisch, Kochiusstraße, zu bezahlen.

Grünberg. In der letzten Stadtverordnetenversammlung hier selbst sind zu einem Feste an Kaisers Geburtstag 100 Mark bewilligt worden. Auf Kosten der Steuerzahler sich derartiges zu leisten, muß billiger Weise in einer Zeit, wo so mancher arme Familienvater kaum weiß, wie er sich die Steuern von dem fargen Lohne abdarben soll, zum mindesten befremden. Wenn die Herren Stadtväter durchaus das Bedürfnis haben — ihrem patriotischen Gefühl folgend — besondere Feiern zu veranstalten, so mögen sie dies selbst bestreiten, nicht aber in den Steuerfädel greifen, der jedenfalls besseren Zwecken zu dienen hat. — Eingegangenen Nachrichten zufolge soll eine hier in der Gartenstraße wohnhaft gewesene Frau Hertha tatsächlich verhungert sein. Da die Frau längere Zeit von den Nachbarn nicht gesehen wurde, vorher auch bereits diesen gegenüber gestand, mehrere Tage nichts gegessen zu haben, schritt man zur Oeffnung des von ihr bewohnten Häuschens und fand sie als Leiche vor. Bestätigt sich diese, von sonst zuverlässiger Seite gebrachte Nachricht, so können wir nicht umhin, unserer Bewunderung hierüber Ausdruck zu geben. Bei unsern kleinräumlichen Verhältnissen erscheint es kaum glaubhaft, daß derartige dem Hauswirth, der zunächst für Unterstützung der Frau gesorgt haben mußte, unbekannt war. — Auch ein Opfer unserer herrlichen Zustände. — Bei dem jüngst anlößlichen des Jahrmarktes herrschenden starken Fuhrwerksverkehr gerieth der 17jährige Leutloff aus Kühnau zwischen zwei Schlitzen, deren einer er selbst führte, und erlitt Quetschungen, welche seinen Tod zur Folge hatten.

Parlaments-Berichte.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 11. Januar.

1 Uhr.

Am Bundesrathssitze v. Böttcher, v. Malchows u. v. Kiedel u. a.

Die erste Beratung der Brausteuer-Vorlage wird fortgesetzt.

Abgeord. Grillenberger (Soc.): Die gestrige Unterhaltung über die Brausteuer-Vorlage hat einen wesentlichen academischen Charakter getragen, da sie doch nur Aussicht hat, besch zu werden, wenn die Erhöhung der Friedenspräsenz des Heeres im Reichstags durchgeht. Daß einer oft citirten Meinung des Reichstages soll ich die Vorlage auf ihren

*) Erschienen in der Verlagsbuchhandlung von Ferd. Schöner, Berlin, zum Preise von 30 Pf.

Wirkung in Beziehung auf die Socialdemokratie besonders geprüft werden. Auch bei der Militärvorlage soll dies geschehen sein, und zwar hofft man, daß die Wirkung dieser Vorlage den Socialdemokraten Abbruch thun werde. Das gilt aber doch wohl nicht von den Steuervorlagen, welche diese Heereverpflichtung erst ermöglichen sollen. Die Mehrbelastung, welche allein schon die Erhöhung der Brausteuer bringt, kann den Widerstand gegen die Vorlage nur stärken. Herr Gump hat nun einfach die Brausteuer als Consumsteuer erklärt und darauf seine Zustimmung zur Vorlage aufgebaut. Er giebt den Bauern den Rath, lechz er einzubauen und den Wirthen, unter dem Mißbrauch einzufassen (Güterkeit), um die Belastung durch die Erhöhung der Steuer auf das Publikum abzuwälzen. Diese einseitigen Rathschläge kommen zum Theil zu spät, sind aber insofern durchaus verwerflich. Die neugeplante Biersteuer ist weiter nichts als eine Vermehrung der indirekten Steuern, welche wir überhaupt nicht verwerflich halten. Die Motive gestehen ausdrücklich zu, daß dem Bier ein gewisser Nänwert nicht abgesprochen werden kann; eine Rückkehr hierauf hat man aber niemals seitens der verbündeten Regierungen geübt; stets hat man die Erhöhung der Brausteuer verlangt und sich jetzt kommt man wieder damit, weil man für das Militär mehr Geld braucht. Als wir 1886 das Verbot der Surrogate beantragten, erwiderte man uns, es sei nicht daran zu denken, das Verbot durchzudrücken, so lange nicht eine Erhöhung der Biersteuer bewilligt sei; als damals der Abg. Muer der Regierung die Forderung vorbrachte, wurde er dafür zur Ordnung gerufen. Heute kann man sich mit Recht diesen Vorwurf erheben. Die Sachhaltung der Surrogate beweist, daß lediglich eine weitere erbliche Verschlechterung des Bieres eintreten wird. Die Gründe, welche die norddeutschen Brauer in's Feld führen dafür, daß der Bier soviel theurer sei oder verkauft werden müsse in den Schänken, leiden nach meiner bayerischen Erfahrung vielfach an ganz unabweisbarer Uebertreibung. Man sieht zu Haus nicht auf dem haubbar bairischen Standpunkte, den Herr Köhler gestern hier getheilt hat. Man trinkt in Bayern keineswegs das Bier in Bierstücken (Grosche Hetterkeit). Das bayerische Bierhaus ist nicht erblich böder als die durchschnittliche Berliner Budike oder der pommerische Krug, und auch an Bierstätten ist kein Mangel; das Bier ist, daß in Norddeutschland überhaupt ein ganz unbedeutendes Profit von dem Product gewonnen wird. Die Actienbrauereien haben um Deu Klossal: Dividenden gezahlt, worin ich nicht bloß Bagentover und Schultheiß gemeint haben will. Man muß hier auch die Liebererwerbungen auf ihr richtiges Maß zurückführen. Man muß auch daran erinnern, daß in Norddeutschland der Wirth seine Keller fast gar nicht bezahlt während aus dies in Süddeutschland anders in Herr Köhler hat den richtigen Unternehmerstandpunkt vertreten. Die Brauer werden nach seiner Meinung in die Lage kommen, nach der Erhöhung der Steuer die Arbeitslöhne herunterzusetzen. Dies wird gemacht werden, auch wenn Herr Köhler es nicht ausgesprochen hätte. In der capitalistischen Wirthschaft darf der Wirth unter keinen Umständen beschränkt werden. Geht wirklich die Dividende auf 1 pCt. zurück, dann wird unzweifelhaft zunächst das Bier schwächer eingekauft und dann der Arbeitslohn gedrückt werden. Es ist richtig, daß die Münchener Brauergesellschaften schlecht bezahlt werden, aber ich behaupte ebenlo daß der Durchschnittslohn des bayerischen Brauergesellen 1500 Mk. beträgt. Wie auch die Münchener Brauergesellschaften gedrückt werden, hat erst vor kurzem ein wackeres ultramontanes Blatt, das „Münchener Fremdenblatt“, ausführlich davorgeboten (Medner verliert die betreffende Noiz) Herr von Rud. hat gestern die unangenehme Wirkung der Erhöhung des Malzaufschlages auf den Consum bestritten; was er aber an Material dafür angeführt hat, war durchaus nicht beweishaft. Er erklärt, daß die 1889 eingerührte Abtufung von günstiger Wirkung auf die kleinen Brauereien gewesen ist; er führt aber die Zahl der neu entstandenen Brauereien nicht an. Thatsächlich gehören die eingegangenen Brauereien den Betrieben an, welche nur bis zu 1500 Mark Malzsteuer entrichten, und die Brauereien sind seit 1879 noch ganz erheblich mehr, als 200 eingegangen. Auch die Annahme, daß die Malzaufschlagsenerhöhung an dem Rückgang des Consums unschuldig ist, stimmt nicht mit den Thatsachen. Die Erhöhung des Malzaufschlages wurde 1879 in Bayern nur provisorisch eingeführt, 1889 ist definitiv; sofort nach dieser definitiven Erhöhung schlugen die Brauer mit alleiniger Ausnahme des Hofbrauhauses, welches ja der bayerische Finanzminister selbst verwaltet, im Biele auf; aber wenn auch in räumlicher Weise das Hofbrauhaus beim alten Preise blieb so wurde doch von Stund an des Hofbrau merklich dünner. (Grosche Hetterkeit.) Warum wird durch die Militärvorlage und die damit zusammenhängende Belastung des Bieres um 12 Mill. jährlich höher belastet, um diese Mehrbelastung aufzutringen, wird man auch in Bayern wohl sehr übel zu einer neuen Steuer greifen müssen oder abermals an eine Erhöhung des Malzaufschlages vrantreten. Wenn auch Herr von Rud. hierin den Kopf schüttelt, es wird schließlich nichts anderes übrig bleiben. Die bairischen Abgeordneten im Reichstag mögen also alles daran setzen, daß keine neue Biersteuererhöhung im Reich eintritt. Herr v. Riedel spricht davon, daß in beträchtlichen Theilen Bayerns kein Bier getrunken wird. Ja, das liegt daran, daß die Gebiete zu arm sind, um sich an dem allgemeinen Bierconsum beteiligen zu können. Diese Gebiete haben sogar einen Rückgang, nicht bloß eine Stagnation des Consums anzunehmen. Der Generalbevollmächtigte der bairischen Sanitätsverwaltung stellt diesen Rückgang des Biergenusses and damit im Zusammenhang die Zunahme des Genusses des Branntweins, der man selbst Säuglingen als Schlafmittel giebt, amüßig und aciermäßig fest. Das gilt von einigen Theilen des gesegneten Altaiens, aber auch von der Oberpfalz. Wir sind grundsätzlich gegen die Steuer, weil sie eine Consumsteuer ist. Aber auch eine specielle Gewerbesteuer der günstig situirten Großbrauereien können wir als eine ungerathene Belastung eines einzelnen Zweiges nur verwerfen. Mit demselben Rechte könnte man den Bergwerksbetrieb in dieser einseitigen Weise beangigen, oder die großen Genüsse der Trapp und Stummel, die noch dazu vom Militarismus erschöpfte Vortheile gewinnen, oder die Zuckerfabrikanten, die so colossale Steuererhöhungen erleiden. Die Regierung weiß ja allerdings ganz genau, daß die Motive nicht das Richtige sagen, wenn sie die Abwälzung auf den Consumern leugnen. Es bleibt also dabei, daß

lediglich eine Benachtheiligung des consumirenden Publikums der Effect der neuen Steuer sein wird. Was soll werden, wenn die Militärvorlage nun aber doch angenommen wird? Führen Sie denn doch eine Equipagen-, eine Einjährig Freiwilligen-Steuer ein. Aus der ersteren sollen nach einem Berliner Blatt 20 Millionen gewonnen werden können, aus der Freiwilligensteuer würde derselbe Betrag auch herauskommen. Wenn die oberen Zehntausend die Weereverpflichtung freiwillig wollen, dann sollen sie auch geduldet selber zahlen und nicht immer wieder den großen Haufen zahlen lassen! Bei den colossalen Vermögen, die in Preußen jetzt ermittelt worden sind, würde eine Steuer von 10 Prozent mehr als die ganzen Militärlasten des Reiches ausmachen. Wir empfehlen Ihnen, diese ganz unnütze Vorlage ohne Commissionsberatung sofort vom Plenum aus in den Dikus zu schicken. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Bayerischer Finanzminister Frhr. v. Riedel: Es handelt sich hier um eine Steuer für die norddeutsche Brauereigemeinschaft, und alle Redner beschäftigen sich mit Bayern und zwar bloß deshalb, weil ich gestern einige unrichtige Angaben rectificirt habe. Die Debatte beweist, wie falsch es ist, einige Bittern herauszugreifen und daraus allgemeine Schlüsse zu ziehen. Als ich den ersten Theil der Rede Gröndbergers hörte, glaube ich, daß er sagen würde: Wir Bayern sind doch bessere Menschen, als ihr glaubt (Vetterlein) Aber nein, er sagte das Gegentheil! (Harterkeit.) Trotz der hohen Steuer kostet im großen Theil Bayerns das Liter Bier nur 20 Pfennige. Was ich an Zahlen angeführt habe, beruht auf amtlichen Erhebungen. Vor Einführung des Malzaufschlages in Bayern betrug der Preis für das Liter in München 16 Pfennige und sank nach Einführung der Steuer auf 24 Pf. Erst vor einigen Jahren wurde der Preis wieder heraufgesetzt. Das Bier ist auch seitdem nicht schlechter geworden, sondern eher besser. Das Publikum ist doch der beste Richter und es wird im Hofbrauhaus heute noch mehr getrunken als früher. (Harterkeit.) Der Rückgang des Consums ist nicht in dem Maße erfolgt, wie vielfach dargestellt wird. Diese unrichtigen Anschauungen entneht aus der Gegenüberstellung nicht zu vergleichender Zahlen. Die Schwankungen in der Höhe des Consums sind unabhängig von der Steuer, da in einigen Jahren vor Einführung der Steuer in Bayern wurde weniger getrunken als später. Abg. Gröndberger stellt es so dar, als ob das bayerische Finanzwesen auf schlechter Grundlage ruhte. In den 3 Jahren, wo ich Finanzminister bin, war ich immer bestrebt, die kleinen Leute zu schonen und die direkten Steuern sind für diese auch nicht um einen Pfennig erhöht worden.

Staatssecretär Frhr. v. Malzahn: Die Unterlassung eines Verbots von Surrogaten in diesem Gesetze ist darum erfolgt, weil man in die bestehenden Verhältnisse nicht tiefer eingreifen wollte, als unbedingt nothwendig war.

Abg. Wörster (natl.): Die Begründung der Vorlage ist eine oberflächliche. Vor Allem ist verargen, daß ein Biersteuergesetz in der norddeutschen Brauereigemeinschaft gebrautes Bieres obergärtig ist, das ganz distillirt beandlet werden muß und eine hohe Steuer nicht verträglich. Die gegenwärtige Lage der Brauereien ist eine höchst unangenehme, und die Rentabilität ist für dauernd im Rückgang begriffen. Da aber ist gerade der richtige Moment zu einer Steuererhöhung, am allerwenigsten geeignet. Es ist um so weniger anzuhängen, auf die Brauereien einzugehen, als wohl darüber kein Zweifel besteht, daß die Militärvorlage nicht in vollem Umfange bewilligt wird. Warum ich die bisherigen Verhältnisse für mich persönlich gemacht habe, kann ich im Rahmen meiner politischen Freundschaft den Antrag auf Erweiterung der Vorlage an die Militärcommission stellen, denn das Sündal der Brausteuer steht mit der Militär-Vorlage in enger Verbindung.

Staatssecretär Frhr. v. Malzahn betont, daß es sich bei den Zahlen in der Begründung nur um unbedeutende Biere handle. Die Zahlen sind ganz richtig und decken sich auch mit den in der „Freisinnigen Zeitung“ angegebenen Zahlen.

Abg. Dr. Bachem (Or): Aus der Statistik ergibt sich, daß die Zahl der kleinen Brauereien zurückgegangen ist, während sich die Zahl der Colossalbetriebe gesteigert hat. Diese Entwidlung des Brauereibetriebes ist eine sehr interessante. Ich verweise in diesem Zusammenhang gerade ein Steuerthema angebracht, das die kleinen Brauereien begünstigt und somit den Mittelstand kräftigt. Die Vorlage aber läßt jeden socialpolitischen Gesichtspunkt vermissen und es wird nichts anderes, um die Entwidlung der Grob-erliche hintanzuhalten. Der Mittelstand in der gewerblichen und fernigsten Theil unserer Bevölkerung, und seine Erhaltung liegt im Staatsinteresse. Der Mittelstand ist gewissermaßen der Puffer zwischen Grobcapital und Arbeiter. Meine Partei hat es für zur Aufgabe gestellt, den Mittelstand zu erhalten, während die Socialdemokraten die Polarisierung wollen. (Ruf bei den Socialdemokraten: Das ist nicht wahr!) Das sagen Sie ja bei jeder Debatte. Wenn einmal eine Biersteuer sein soll, warum sagt man denn nicht: die kleinen Brauereien zahlen 2 Mk., die mittleren 8 Mk., die größeren 10, 12, 15 Mk., und so fort, je größer die Brauerei, einen desto höheren Steuerbeitrag hat sie zu zahlen. Es muß ein Gesetz geschaffen werden, so daß im Interesse des Mittelstandes die Industrie verbunden wird, eine gewisse Ausdehnung zu überlassen. Der vorliegende Entwurf aber schädigt gerade den Mittelstand.

Abg. Widmel (Or): Dr. Baazem hat den genialen Gedanken in die Debatte geworfen, daß man geistlich die Entwidlung der Grobindustrie hindern müsse. Nach seinem Vorschlage würde es dazu kommen, daß niemand durch Fleiß und Sparsamkeit seine kleinen Betrieb zu einem großen anzuheben vermöge. Wir können diesen Gedanken dem Abg. Bachem überlassen. Die Ausführungen des Abg. Gröndbergers über anderweitige neue Steuern läßt sich eng an die 5 jährigen Ausführungen des Staatssecretärs an. Danach wird der Grundlag aufgestellt: Niemand, wo Du was krieger kannst. Die rauchsteuer ist keine Verbrauchssteuer, sondern eine Gewerbesteuer, und ich behaupte, daß das Reich das Recht hat, so hohe Gewerbesteuern zu erheben. Man nimmt einen Anfall bei 50 heraus und sagt: „Der muß bluten“. Eine solche Politik ist nicht mehr eine nationalökonomische, sondern eine Politik der Regaleerei. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Barlamentarischer Anwalt (natl.): Man behauptet, daß auf den Schankwirth die Steuer abgewälzt werden kann, da er einen

ungebührlich hohen Gewinn hat. Diese Behauptung ist durchaus unrichtig.

Abg. Bödel (Antisemit): Obwohl wir absolute Gegner der Militärvorlage sind und also auch jeder Belastung des Volkes durch neue Steuern, die hierdurch nothwendig werden, Widerstand leisten, so halten wir es doch nicht für unmöglich, daß nach den Vorgängen in den letzten Tagen, namentlich an einer gewissen Stelle am Neujahrstage, die Militärvorlage doch wider Erwartung zur Annahme gelangt, und deshalb erklären wir hier ausdrücklich, daß wir die Brausteuererhöhung gleichfalls verwerfen. Wir thun dies nicht aus Interesse für die Grob- und Kleingewerbetreibenden, sondern vielmehr aus Interesse für die Grob- und Kleingewerbetreibenden, bedauern vielmehr tief, daß die Börsen- und Gründungswindel sich auch des Brauereigewerbes so sehr bemächtigt hat. Die Schranken von D. Blagau verbreiten darüber sehr viel Licht. Natürlich werden die Brauereien doch versuchen, die neue Steuer auf die Consumenten abzuwälzen und sie gestehen es zum Theil auch ein. Die Landwirtschaft liefert den Brauereigewerbetreibenden und Hopfen. Die alufälligen Handelsverträge haben der Landwirtschaft bereits ein Sinken des Werthpreises gebracht von 19 auf 16 Mark, und dieser Schädigung wollen Sie heute schon wieder eine neue Schädigung zufügen? Das können wir nicht zugeben, gerade im Interesse der Landwirtschaft, und speciell derjenigen von Hesse, lehne ich auf das Entschiedenste die Vorlage ab. Durch die Handelsverträge ist die böhmische und ungarische Brauereigewerbetreibende in Masse nach Deutschland eingeführt worden und haben die österreichischen Malzfabrikanten dazu beigetragen, den Consum deutscher Biere zu verringern. Dabei hat sich ein großer Theil der Bayern erst neuerdings weil sie mit Weizenbau nicht mehr weiter kamen, auf Bayern verlegt worden und sofort kommt die Regierung in Erscheinung ihnen durch die Vorlage auch hier wieder die Existenz. Wird die Vorlage Gesetz, dann werden die Bayern sich dadurch zu helfen wissen, daß sie weiter auf den Grobpreis drücken; also wird schließlich der Landmann zu bluten haben, wenn die Brauer den Preis bis zu 13 Mark und noch niedriger herunterdrücken. Es scheint wirklich, wenn Staat und Regierung nur so darauf losarbeiten, den Mittelstand zu vernichten. Aus diesen Gründen können wir die Vorlage nur einfach verwerfen, um so mehr als der Hopfenbelang unentgeltlich gemacht wurde durch eine wüste Speculation. Auch hier würde also leblich die Annahme der Vorlage die Landwirtschaft schädigen. Lehnen Sie also mit uns die Vorlage ab.

Abg. v. Straloch (Or): Wir haben auch gegen die Vorlage ganz erhebliche Bedenken. Die geforderte Steuererhöhung ist schon so oft vom Reichstag abgelehnt worden, daß diesmal auf tordentliche Gründe für die Annahme vorliegen müßten. Wir wünschen nun freilich auf das Dringendste eine Verständigung über die Militärvorlage, und wenn diese zu Stande kommt, müssen auch die Mittel beschafft werden. Wir hätten aber gewünscht, daß man die Deckung durch andere Steuern gesucht hätte; so durch die viel höher heranzuziehende Höfsteuer. Die Börsensäfte sind für die viel leistungsfähiger als das hier in Rede stehende Steuerobject. Sollte wirklich das Speculationsgewerbe sich dadurch verringern, so würde das nicht unter allen Umständen ein Schaden sein. Soll aber dem Brauergewerbe diese Belastung auferlegt werden, so bezweifeln wir nicht, daß die Grob- und Kleingewerbetreibenden, namentlich die Actiengesellschaften, sie ohne Schwierigkeiten werden tragen können. Im einzelnen geht Niemand dann noch mit großer Ruhe des Hauses auf die Frage des Verbots der Surrogate und auf die Uebergangsabgabe ein und empfiehlt schließliche Commissionsberatung.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Goldschmidt, Köhler und Müller.

Die Vorlage wird der Militär-Commission übermietet.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Nothstands-Interpellation und Branntweinsteuergesetz.)

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 11. Januar. — 11 Uhr.

Am Ministertische Michael, Roffe und Commissionsarien.

Die erste Berathung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienststeuermens der Volksschullehrer, wird fortgesetzt.

Abg. Richter (Or): Es ist ganz richtig, daß ein Volksschulgesetz vorläufig nicht zu Stande kommt, vor den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus darf ein solches Gesetz nicht vorerledet werden. Der vorliegende Entwurf ist das Gesetz vom 26. März 1887 auf. Unsere Befürchtungen, die wir damals ausgesprochen, sind eingetroffen; der heutige Cultusminister bezeichnet das Gesetz als ein schlechtes. Der frühere Cultusminister, v. Köhler, brachte 1887 das Gesetz nicht auf eigener Initiative ein, sondern nur im Austrage des Fürsten Bismarck, der das Gesetz durchaus haben wollte. Das Gesetz von 1887 war ein Gelegenheitsgesetz schlimmster Art, welches ebenso wie die Poengesetze sehr schädlich gewirkt hat. Die Statistiken von 1891 bieten ein erschreckendes Bild über die Mängel im Volksschulwesen. Die Lehrer verdienen nicht auf Besserung. Aber es ist doch etwas Unabweisliches, daß zu diesem Zwecke ein Dispositionsfonds dauernd gelegt werden muß. Wenn die Nothwendigkeit einer Aufbesserung vorliegt, warum will man bis 1895 warten? Es muß geholfen werden; man sollte nicht die ganze nationale Leistungsfähigkeit auf die Armee concentriren und die Volksschule allmählich verfallen lassen.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) erklärt sich gegen das Gesetz. Redner führt Klage über Unterdrückung der polnischen Sprache in den Volksschulen der Provinz Polen und wünscht hier eine Änderung des Systems.

Cultusminister Dr. Roffe: An dem Gesetz über die polnischen Privatschulen errichtete heute ich fest. Aber es ist nicht zu leugnen, daß es vielfach in Anspruch genommen wird. Die Polen sind deutsche Kinder in ihren polnischen Unterricht hinein. (Widerstand bei den Polen.) Es giebt unter ihnen Leute, die polonifiren aber über Germanisirungsverurtheilungen. Der polnische Agitation ist zu nennen, statt abzunehmen. Standpunkt der preussischen Regierung bezüglich des polnischen Unterrichts ist der: Die Provinz Polen in eine preussische Provinz, die Schule hat die Aufgabe, die Bevölkerung

Provinz dahin zu bringen, daß sie die Sprache ihres Landes, die Amtssprache beherrscht; das bis erige System hat nach den Erfahrungen, die ich bei meiner Reise gemacht habe, sehr viel bessere Ergebnisse gehabt, als wir hoffen durften. Ich gebe zu, daß in der Zuweisung der polnischen Kinder zum hiesigen Religionsunterricht vielleicht zu tramm vorgegangen ist. Indes sollen etwaige Mißgriffe geändert werden. Ich will keinen falschen Zwang, keinen Gewissenszwang in Religionssachen. Nach dieser Richtung will ich thun, was ich irgend mit meinem deutschen Gewissen verantworten kann. Im Uebrigen hat unser System gut gewirkt, und ich bin nicht gesonnen, dies System zu verlassen. (Lebhafte Beifall rath.)

Abg. Kauerde (Dfr.): Was uns die Vorlage bietet, bleibt weit hinter unseren Erwartungen zurück. auch das Bild, welches die Begründung der Vorlage vom Schulwesen giebt, ist nicht weniger als erschrecklich. Sollte das vorliegende Gesetz nicht angenommen werden, dann wird erst die Mißstimmung unter den Lehrern entstehen und es kann nicht ausbleiben, daß sich viele Lehrer der socialdemokratischen Bewegung anschließen. Daraus können doch sehr bedenkliche Folgen für unser Schulwesen entstehen. Wir wollen versuchen, in der Commission zu einer Verständigung zu kommen.

Abg. Würmeling (L.): Wir wollen auch für die Volksschule nach jeder Richtung hin sorgen; aber wir können es nicht ohne weiteres billigen, daß die Mittel dazu aus den Uberschüssen der Einkommensteuer genommen werden. Diese im § 1 enthaltene Frage muß in der Steuercommission geprüft werden, denn das Gesetz kommt so nicht allen Gemeinden zu Gute, sondern nur einzelnen. In der Steuercommission findet man vielleicht eine bessere Verbindung für das Geld. Angesichts der großen Zahl der vorhandenen Dispositionsfonds können wir einen neuen Fonds nicht billigen, namentlich da unser ganzes Schulwesen viel zu sehr auf der Willkür der Verwaltung beruht. Es hat mich gereut, daß Herr von Minnigerode ein Volkschulgesetz dringend verlangt hat. Die Aufregung der Geister hat nichts zu bedeuten? Glaubt man denn, daß in den politischen Kreisen keine Aufregung darüber vorhanden ist, daß die Regierung es er Mino ität gegnüber nicht energisch bei ihrem Willen stehen geblieben ist. Die Mißstimmung ist vorhanden, wenn sie auch nicht so laut aufgedrückt wird, wie von anderer Seite. (Zurücknahme rechts und im Centrum.) Daß die Regierung ein Volkschulgesetz gar nicht will, habe ich aus der Rede des Kultusministers nicht entnommen; ich habe ihn dahin verstanden, daß neben der Steuerreform eine solche Vorlage nicht gemacht werden kann. Daraus, daß er das Dotationsgesetz nicht aus dem Schulgesetz auslösen wollte, entnehme ich, daß er ein einheitliches Volkschulgesetz will. Herr Knöcke hat sich als Schulbureaukrat vom reinen Wasser erpüppelt, und auch seine Freunde sonst gegen Ministerwürden sind. Wenn man das Gesetz von 1887 aufhebt, dann muß man den Gemeinden andere geeignete Garantien gegen die Willkür der Schulverwaltung geben.

Abg. Enneckerus (nl.) schließt sich den Ausführungen Podrechs an. Er befürchtet nicht, daß die Lehrer sich wegen ihrer schlechten Lage der Socialdemokratie anschließen würden; daran hindere sie die Bildung, welche sie haben und das Interesse an den idealen Gütern, welche sie zu pflegen haben. Daß die Lehrer sich in einer schlechten Lage befinden, sollte doch Herr von Minnigerode nicht betreiten. Auf dem Lande habe ich 20 pSt der Lehrer unter 750 Mark Einkommen. Davon befindet sich die Hälfte schon mehr als zehn Jahre im Amt; 50 pSt. haben 751 bis 1200 Mk. und nur 30 pSt. mehr als 1200 Mk. Ge. alt. Aehnlich liegt es in den Städten. Sind Beamte von ähnlicher Vorbildung wie die Lehrer wohl so schlecht gestellt? Die Verweisung des § 11 an die Steuercommission wäre nicht nur ein Begräbnis der Vorlage, sondern es würden die Parteien, die eine Änderung der Vorlage wünschen, geradezu mundtot gemacht. Wir wünschen gewisse Normen für die Verteilung der Staatszuschüsse. Kann sich die vielbeschäftigte Steuercommission mit diesen Dingen befassen? Deshalb bitte ich, die Vorlage einer besonderen Commission zu überweisen.

Abg. v. Strombeck (Centr.) bezeichnet die Mitwirkung der Steuercommission als absolut nothwendig.

Abg. v. Minnigerode (conl.): Ich habe nicht gesagt, daß die Lehrer genug haben, sondern nur, daß wir bei der Aufhebung der Finanzlage für sie nicht thun können. Ein Begräbnis in der Steuercommission ist nicht beabsichtigt, denn wir wollen ja Fonds und möglichst große Fonds für Schulbauten schaffen. Gegen die Aufhebung des Gesetzes von 1887 habe ich mich erklärt, aber an einer Verbesserung des Gesetzes haben wir auch mitgearbeitet.

Damit schließt die Debatte. Gegen die Stimmen der Nationalradicalen, der Freisinnigen und eines Theiles der Conservativen wird die Vorlage der Steuercommission überwiesen.

Die Debatte genehmigt das Haus darauf in dritter Lesung den Gesetzentwurf über Aufhebung der Stolgebühren für Trauungen und kirchliche Ausgeweihte in der Provinz Hannover und in erster und in zweiter Lesung den ähnlichen Gesetzentwurf für den Bezirk des Consistoriums in Kassel.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend den Vorstoß im Kirchenvorstande der katholischen Kirchengemeinden in dem Geltungsbereiche des rheinischen Rechts.

Abg. von Cuny (natl.) erklärt sich gegen die Vorlage, weil sie nicht wie die sonstigen kirchenpolitischen Vorlagen der letzten Zeit den Zustand vor den Mitgliedern wieder herstellt, sondern weiter geht und den Geistlichen ein Recht geben will, was sie nach der früheren Gesetzgebung seit 1809 nicht gehabt haben.

Abg. Lehmann (C.): Der Vorredner scheint die Vorlage als eine große Concession an das Centrum zu betrachten, denn sonst könnte er dieselbe, welche einer Resolution dieses Hauses den Ursprung verdankt, nicht bekämpfen. Es handelt sich nur darum, die veralteten Bestimmungen des revolutionären französischen Rechts zu beseitigen.

Abg. Graf Limburg Stirum (C.): Wir haben es immer als zweckmäßig betrachtet, daß in den Kirchenräthen der Geistliche den Vorstoß führt, deshalb werden wir die Vorlage annehmen.

Abg. Hören (Centrum): Einen Widerspruch gegen die

heute nicht mehr erwartet. 1874 gab man dem evangelischen Geistlichen den Vorstoß im Kirchenrathe, 1875 verweigerie man ihm dem katholischen Geistlichen, obwohl die Regierung gleiches Recht gelten lassen wollte. Die katholischen Rheinländer wünschen den Priester als Vorstehenden zu haben.

Abg. v. Cuny (Natl.): Es handelt sich nicht um einen Rest des Culturlampf's, sondern um bestehendes Recht, das zum Theil schon seit Mitte des vorigen Jahrhunderts gilt. In Frankreich finden sich solche Vorschriften schon in früheren Jahrhunderten.

Abg. v. Jadzewski (Pole) erklärt sich für die Vorlage, bemängelt aber, daß die Regierung verlange, daß die Kirchenvorstände deutsch correspondiren, während in denselben kein Mensch sähe, der Deutsch verstände. Die politischen Dinge werden immer von der Regierung hineingetragen.

Kultusminister Boffe protestirt gegen die letzten Worte. Die politischen Dinge kommen immer deswegen in den Vordergrund, daß die Polen vergessen, daß in Posen zwei Fünftel der Bevölkerung deutsch sind und daß die Regierung die Deutschen schützen muß Bezüglich des Vorstoßes im Kirchenvorstande haben Verhandlungen stattgefunden. Es ist nach den mündlichen Berathungen, die ich mit dem Erzbischof von Gnesen und Posen gepflogen, zu hoffen, daß eine Einigung darüber erzielt wird.

Abg. v. Jadzewski meint, daß für die deutschen Katholiken genügend gesorgt und allen ihren Wünschen entgegengekommen sei.

Kultusminister Boffe: Das mag für den Sprengel des Vorredners richtig sein. Die Geschäftssprache des Kirchenvorstandes entscheidet auch darüber, ob für die Katholiken deutscher Gottesdienst stattfindet. Die Regierung muß den offenbar vorhandenen nationalpolitischen Machinationen ihr Augenmerk zuwenden.

Damit schließt die erste Lesung. — Eine commissarische Berathung findet nicht statt.

Salut. 3 Uhr 45 Min.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Entgegnung von Vorlagen und kleineren Gesetzentwürfen.)

Abg. v. Jadzewski meint, daß für die deutschen Katholiken genügend gesorgt und allen ihren Wünschen entgegengekommen sei.

Kultusminister Boffe: Das mag für den Sprengel des Vorredners richtig sein. Die Geschäftssprache des Kirchenvorstandes entscheidet auch darüber, ob für die Katholiken deutscher Gottesdienst stattfindet. Die Regierung muß den offenbar vorhandenen nationalpolitischen Machinationen ihr Augenmerk zuwenden.

Damit schließt die erste Lesung. — Eine commissarische Berathung findet nicht statt.

Salut. 3 Uhr 45 Min.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Entgegnung von Vorlagen und kleineren Gesetzentwürfen.)

Vereine u. Versammlungen.

[Versammlung von Musikern.] Dienstag Vormittag fand im Parier Garten eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, die von den Herren Nagel und Kuban geleitet wurde. Die hiesigen in zwei Verbände organisirten Civilmusiker hatten sich mit einer Petition wegen der immer mehr überhand nehmenden Concurrenz der Militärmusiker beschwerend an das Kriegsministerium gewendet. Vor einigen Tagen ist die Antwort des Kriegsministeriums erfolgt. Dieselbe lautet durchweg ablehnend, es werden die angeführten Beschwerden als ungerechtfertigt erachtet. Der Vorstoß eines Militärpassees in Ariebe gestellt. Nur in einem Punkte erscheint der Bescheid den Civilmusikern günstig insofern, als das Zusammenwirken von Militär- und Civilmusikern für künftig vom Generalcommando untersagt worden ist. Die Ausführung des Antwortschreibens wurden als völlig mit den thatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch stehend bezeichnet und die angeführten Beschwerdepunkte aufrecht erhalten. Als nächster Schritt in dieser Sache wurde beschlossen, das vorliegende Material den Vertretern Brieslaus und des Landkreises im Reichstage zu überweisen und eine Interpellation herbeizuführen. Des Weiteren ist eine Petition an den Reichstag in Aussicht genommen. Ein Antrag, die Musiker, diese, die sich seit alten Zeiten im Schweizer Kanton befinden, von dort zu verlegen, weil der Birth, Herr Agath, auf dem Fräseberge nets nur Militärmusiker beschäftigt, wurde einstimmig angenommen und beschlossen, die Adresse nach dem Stadthaussteller zu verlegen.

Vermischtes.

(Virchow über die Feuer-Verstättung.) Die „Famime“ veröffentlicht folgendes Schreiben, das Professor Virchow an den Vorstand des „Verein für Feuerbestattung zu Berlin“ gerichtet hat: „In Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom Anfang October dieses Jahres, in welchem der Vorstand an mich das Ersuchen richtete, ein ärztliches Gutachten über die Nützlichkeit der Einführung der Feuerbestattung, namentlich bei solchen Personen, welche an Cholera oder sonstigen epidemischen Krankheiten verstorben sind, abzugeben, erkläre ich in voller Ausbreitung der von mir bereits im preussischen Landtag 1881 dargelegten Meinung, daß ich die Feuerbestattung vom sanitären sowohl, als vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nur für durchaus nutzbringend erachte. Zu Zeiten größerer Epidemien sollte die Feuerbestattung geradezu als eine Nothwendigkeit anerkannt werden. In der That hat sich nach meinen Erfahrungen auch schon bei Temperaturen unter der Verbrennungshöhe als wirksames Vernichtungsmittel der Mikroorganismen und Antiseptikums erwiesen, insofern die wirkliche Verbrennung bewirkt eine ungleiche größere Sicherheit. Für große Städte sollte daher die Feuerbestattung ganz besonders anzustreben sein, da Massenbestattungen auf den oft in unmittelbarer Nähe bewohnter Gegenden gelegenen Kirchhöfen die Befürchtungen immer wieder wahrufen, daß eine Gefahr für die Nachbarschaft nicht ausgeschlossen ist. Hochachtungsvoll Rud. Virchow.“

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 10. Januar.

Eheschließungen. I. Klempner Friedrich Spillner, ev., mit Anna Wilske, ev., hier. — Schiffer Hermann Arnold, ev., mit Emma Wille, ev., hier. — II. Landwirth Wilhelm Peuder, ev. mit Emilie Weis, ev., hier. — Prakt. Arzt Dr. med. Heinrich Hedinger, ev., mit Emma Hausfelder, ev., hier. — Arbeiter Hermann Bartke, ev., mit Dorothea Patschard, ev., hier. — Stellmacher Gustav Pils, ev., mit verw. Pauline Baron, geb. Pils, ev., hier. — Königlich commissarischer Grezaukäufer, kath., Leobschütz, mit Martha Kronig, kath., hier. — III. Trompeter Reinhard Hensel, l., Oltau, mit Vertha Hermanns, ev., hier. — Kaufmann Leopold Glaser, jüd., Oltau, mit Flora Karjael, jüd., hier. — Stadt Musikdirector August Liban, ev., Gubrau, mit Martha Scholz, ev., hier. — Restaurateur Georg Bod, ev., mit Pauline Kraus, kath., hier. — Mühlenhauer Robert

Geburten. II. Arbeiter Rudolf Albert, ev. L. — Kaufmann Abraham Berger, jüd., S. — Schaffner Robert Langner, kath., S. — Schuhmacher Julius Rauch, ev., S. — Rangier Carl Hartmann, ev., S. — Bahnarbeiter Hermann Heintke, ev., S. — Klempnermeister Carl Förster, kath., S. — Korbschneider August Sturm, ev., S. — Arbeiter Ernst Heidenreich, ev., S. — Stellmacher Hermann Sauer, evang., 2 Söhne und 1 Tochter (Drillinge). — III. Klempnermeister Carl Heintke, ev., S. — Tischlermeister Ernst Gabriel, kath., S. — Wasserleitungs-Monteur Reinhold John, ev., S. — Bauunternehmer Paul Scholz, kath., S. — Arbeiter Carl Wende, kath., S. — Schuhmacher Franz Egner, kath., S. — Bocomotivführer Eduard Scheider, ev., S. — Tapezierer Robert Kasseck, kath., S. — Böttcher Robert Romatsh, ev., S. — Maler Alwin Großer, ev., S. — Schiffbauer Wilhelm Suder, ev., S. — Schmied Carl Schelauke, kath., S. — Schuhmacher Carl Winter, kath., S. — Maurer Robert Kruppopp, ev., S. — Kellner Carl Fleischer, ev., S. — Klempner Adolf Starupoe, ev., S. — Knopfmacher Gustav Mai, ev., S. — Werkführer Carl Heniel, ev., S.

Vom 11. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Arbeiter Johann Kausch, kath., Friedr.-Carlstr. 51, und Aug. Seisert, evang., baselst. — Restaurateur Carl Kfmann, ev., Andersohnstraße 4, und Maria Gawande, kath., bas. — II. Eisenbrecher Paul Wondoschowski, kath., Augustastr. 3, und Ida Endrich, kath., hier. — Wurstfabrikant Hermann Katsche, evang., Oberstraße 10, und Emma Kuppel, ev., Neudorfstraße 28. — Bureau-Vorsteher Paul Dreher, ev., Sonnenstraße 28, und Selma Franjoch, bibst., Sabowastr. 45. — Schuhmacher Hermann Kndig, ev., luth., Theresienstraße 7, Lab Caroline Schindler, ev., baselst. — Steinmetzmeister Sigmund Bial, jüd., Lohestr. 1, Strobelhaus, und Martha Preuß, jüd., Nieber-Grimsdorf, Kreis Waldenburg. — Schuhmacher Hermann Schmidt, ev., Klosterstr. 73, und Maria Koshnide, kath., Herstr. 21. — Maurerpolier Julius Wüde, kath., Margarethenstr. 15, und Ida Franz, ev., Alexanderstraße 12a, und Ida Kalkbrenner, l., Langeasse 5.

Eheschließungen. I. Haushälter Fedor Selbt, kath., mit Anna Nicolaus, kath., hier. — II. Lackier Hermann Schmidt, kath., Hubenstr. 53, mit Agnes Pitschelt, ev., Klosterstr. 46d. — Sergeant und Arretiratsführer Wilhelm Hermann, kath., Reiffe, mit Anna Hein, ev., Tauengienstraße 26b. — Bednarbeiter Carl Wolf, ev., Sedanstr. 19, mit Auguste Bial, ev., Kaiser-Wilhelmstr. 9. — Feischer Julius Lindner, ev., Grabwenderstr. 58, mit Anna Hubig, Klosterstr. 15. — Kaufmann Hans Mayer, ev., mit Elisabeth Krings, ev., hier. — Zimmermann Oscar Gerlich, kath., mit Josefa Kaiser, geb. Bulla, kath., hier.

Geburten. I. Arbeiter August Scheudel, kath., Zwillinge, l. u. S. — Haushälter Bruno Richter, kath., l. — Buchhalter Hugo Walbmann, jüd., S. — Haushälter Josef Wolf, kath., l. — Tischler Franz Stubella, l. — Wagenladner Alfons Kabel, kath., S. — Bremswärter Carl Schumann, ev., l. — Schneidermeister Ernst Koler, ev., S. — Haushälter Carl Veutner, ev., S. — Schlosser Heinrich Diebich, ev., S. — II. Kan. er Johann Kau, ev., S. — Schmied Paul Thielich, ev., l. — Kaufmann Paul Thufus, ev., l. — Kutscher Geppke, ev., S. — Dr. phil. Otto Müller, ev., S.

Todesfälle. III. Mühlenbauersfrau Pauline Göbner, geb. Gralla, 37 J. — Früherer Schuhmachergeselle, Armenhausinsasse Robert Hrad, 74 J. — Polizeisekretär a. D. und Kanzleirath Hermann Siter, 62 J. — Ernst, S. des Kassendieners Wilhelm Leichgräber, 6 J. — Frieda, l. des Maurer Paul Biche, 1 J. — Frh. S. des Hand- schuhmachers Paul St. lger, 4 J. — Wilhelm, S. des Kellners Carl Fleischer, 10. Stunden. — Heilerungs- Sanjlisten-Wittwe Henriette Kraule, geb. Lary, 62 J.

Breslau, 11. Januar. (Amtlicher Producten- Pörsen-Bericht). Roggen (p. 1000 Mgr.) per Januar 133 00 G., April Mai 135 00 G., Mai-Juni 136 00 G., Juni-Juli 137 00 G. — Hafer (per 1000 Mgr.) per Januar 130 00 P. — Mühl (per 100 Mgr.) — gel. — Str., loco in Qualitäten a 5000 Mgr. — per Januar 51 00 B., April Mai 51 50 B. — Spiritus per 100 Ltr. (a 100 pSt.) ohne Faß: egl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gel. — Ltr., abgelassene Kündigungs- Scheine — per Januar 50 er 48 90 G., 70 er 29 20 G., April-Mai 50 er, 70 er 30 80 G. — Zink ohne Umsatz.

Breslau, 11. Januar. Breslauer Wehlmarkt. — Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 26,00 bis 26,50 M. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 21,75-22,25 M. — Weizen-Mehl per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,20-8,60 M., b) ausländisches Fabrikat 7,80-8,20 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 20,00-20,50 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 8,80-9,20 M., b) ausländisches Fabrikat 8,40-8,80 M.

Breslauer Marktpreise vom 11. Januar bei 100 Kilogr.

	gute		mittler		geringe	
	hoch. metr.	nied. metr.	hoch. metr.	nied. metr.	hoch. metr.	nied. metr.
Weizen weißer	15,20	15,00	14,70	14,20	13,20	12,70
Weizen gelber	15,10	14,90	14,60	14,10	13,10	12,50
Roggen	13,30	13,00	12,80	12,50	12,30	12,—
Gerste	14,50	13,80	12,80	12,40	12,—	11,—
Hafer	13,10	12,90	12,50	12,30	11,80	11,50
Erbsen	16,00	15,00	14,50	14,00	13,00	12,00

Heu: 3,60-3,80 M. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh, neues 28,00-30,00 M. pro 600 Kilogr.

Briefkasten.

An unsere Correspondenten.

Wir bitten die Genossen, uns mit Berichten über „Stadtklatsch“ und örtliche Neuigkeiten zu versetzen, uns dagegen orientirende Berichte über den Stand und die Entwicklung der Parteibewegung einsenden zu wollen. Wir merken nun an, nur solche aufzunehmen.

Theater-Nachrichten.

Stadt-Theater.
Donnerstag:
Wolzi, der letzte der Tribunen.
Freitag:
Carmen.

Lobe-Theater.
Donnerstag:
Zwei glückliche Tage.
Freitag:
Fünftes Gastspiel des Hoftheaters
Directors Friedrich Haake (Ehren-
mitglied des Königl. Hoftheaters in
Dresden).
Parrel. — Eine Besetzung. —
Marien-Commer. — Eine Parthie
Plar et.

Circus A. Krembsor.
Breslau, Louisenplatz.
Freitag, Donnerstag, d. 12. Jan. 1893:
Abends 7 1/2 Uhr:

**Große Gala-
Benefiz-Vorstellung**
für den allgemein beliebten Jockey-
Reiter **Mr. Maximilian.**
Besonders hervorzuheben:
Der Benefiziant wird in Folge
einer Wette eines hiesigen
Sportsman sechsomal hinter-
einander auf d. blanke Gruppe
des galoppirenden Herdes
springen.

Neu! Neu!
Mr. Maximilian wird mit ver-
wandenen Augen ebenfalls
auf die Gruppe des Pferdes
springen, was noch nie von
einem Jockey-Reiter aus-
geführt wurde.

Zu meiner mir gütlich von der
Direction bewilligten Benefiz-Vor-
stellung erlaube ich mir ein hoch-
geehrtes Publikum ganz ergeben
einzuladen und da das Programm
ein reichhaltiges und gewähltes ist,
so kann ich einen genauen
Abend versprechen.
Hochachtungsvoll zeichnet
Maximilian, Jockey-Reiter
im Circus Krembsor.
Morgen, Freitag, den 13. Januar:
Große Vorstellung.
Der Circus ist gut geheizt.

Am billigsten kauft man
getragene Kleider, Möbel u. Schuhwerk
des Art, Nähmaschinen u. s. w. bei
Th. Beier,
Leichstraße 13, im Keller. 117

Entwickle mein Barbier, Friseur,
und Coiffeur, des schärfsten Feindes
und Genossen einer geeigneten Be-
schäftigung.
W. Winkler,
58, Sternstraße 58.
NB, Volkswacht liest aus. 202

Tschoepe's Hof-
schlächterei,
Scheitnigerstraße (im Keller)
verkauft von heute ab das eig. Fleisch
noch 5 Pf. billiger
als die Concurrenten, nachdem diese die
Fleischpreise herabgesetzt hat.

Grüne Heringe
das Pfd. 10 Pf.
Ring 46
im Hofe

Kaffee! Kaffee!
Echt frisch gebrannt, d. Pfd. 120, 130,
150, besser weißer Java, d. Pfd. 27 Pf.,
bester Würfel-Zucker, d. Pfd. 30 Pf.,
bester Weizenmehl 00, d. Pfd. 12 Pf.,
Zahnpasta, Graue, Griefe, d. Pfd. 15 Pf.,
bester Jamaikarum, d. Pfd. 100 Pf.,
bester Petroleum, d. Lit. 17 Pf., Saffor,
Essig, Lichte, Stärke, Hülsenfrüchte bill.
Otto Ogrowsky jun.,
45, Große Grosseingasse 45.

**Chocoladen,
Cacaos**
und alle Süßwaren, vorzüglich
und billig, empfiehlt
Fritz Hensel,
Kathienstr. 63
und Scheitnigerstraße 20

Stiftungs-Fest

des Central-Vereins der Böttcher Breslaus.

Sonnabend, den 14. Januar 467
im Etablissement „Concordia“, Margarethenstraße 17,
bestehend in

Soiree mit darauf folgendem Tanz-Bränzchen.
Die Gesangsstücke werden von der Gesangs-Klasse des „Sozialdemokratischen
Vereins“ unter Mitwirkung des Genossen Zahn ausgeführt.
Anfang 8 Uhr.
Programms im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf.
Der Vorstand.

Hynau! Große Volks-Versammlung. Hynau!
Sonntag, den 15. Januar cr., Abends 6 Uhr,
im goldenen Löwen.
Referent: Genosse Bruno Geiser.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Wahl eines Wahl-Comitees. —
4. Wahl eines Proklamations-Mitgliedes. — 5. Verschiedenes.
Entree 10 Pf.
Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist das Erscheinen sämt-
licher Genossen dringend notwendig.
Der Einberufer.

Haynau, Arbeiterverein.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Goldenen Löwen.
Necht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder sehr erwünscht, Aufnahme
neuer Mitglieder.
Der Vorstand.
NB. Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind,
werden ersucht, dieselben zu begleichen, die, welche glauben, das Mitglieds-
buch nicht in Ordnung zu haben oder gar noch keins besitzen, werden
ersucht, sich zu melden.

**Gold-, Silber-, Korallen-,
Granat- u. Alfenidewaaren**
kauft man am allerbilligsten, weil keine theure Ladenmiete
Neue Taschenstraße 7 293
(vis-à-vis vom Simmenauer)
bei
Jean Harnig,
Juwelier und Goldarbeiter.

Soeben erschien
die
Sylvester-Zeitung
1892/93.
Preis pro Nummer 10 Pf.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlags-
anstalt **Zuer & Co. in Hamburg** ist soeben erschienen:
Der Neue Weltkalender für 1893.
Siebenzehnter Jahrgang.
Inhalt:
Kalendarium. — Scherzreden u. — Ergebnisse der Volks-
zählung von 1890. — Rück- u. — Messen und Märkte. —
Im Kreislauf des Jahres. — Unsere Gegenwart und Zukunft.
Von August Bebel. — Unser tägliches Brot. Gedicht mit Illustration. —
Es hängt Gewicht sich an Gewicht. Erzählung von Robert
Schweichel (mit Illustrationen). — Ein elektrolytischer Rückblick.
Von W. Hauber jr. (mit Illustrationen). — Der Rabbi von
Pacharach. Eine Legende von Heinrich Heine (mit Illustration). —
Die der Jar reist. (Mit Illustration). — Verban te Polen in
Sibirien. Gedicht mit Illustration. — Das Haupt-Tagewert der
Pflanze. Von Dr. phil. Luise Dodel (mit Illustrationen). —
Eufettens's Mitgift! Erzählung von Clara Reichner (mit Illustration).
Die letzte Zelle. Gedicht mit Illustration. — Columbus. Von Karl
Kamitz (mit Illustrationen). — Revolutionäre Gedenktage. —
Im Stücken erblüht. Von E. Sanger (mit Illustrationen). —
Jacco Aurbort sen. (mit Portrait). — Otto Reimer (mit Portrait). —
Fliegende Blätter. — Kaffeesprung, Rätsel u. — Aufstellungen der
Kaffee- u. —
Hierzu als Gratisbeilage,
ein farbiges Bild; Auf der Landstraße,
und ein Bankkalender.
Preis 50 Pf.

Gosennähterinnen in und außer dem
Gause l. sich im Böttcherstr. 33,
Seitenhaus, III. 481
Eine Wickel-Pressen billig zu verkaufen
Berlinerstraße 60, Kiedol. 477
1 neue Nähmaschine 30 Mk. unter
wirklichem Werthe bei Salo Freund,
Breitestr. 4/5. 479

Ein Berufsarbeiter, welcher eine
Fachschule besuchen will, wünscht Nach-
hilfe in preussischer Schulorthographie
zu nehmen. Gefl. Off. mit Honorar-
Ansprüche an die Expedition dieses
Blattes unter H. K. 32 erb. 480

Rohtabake!
Allerbilligste Bezugsquelle z. B.:
Pfälzer per 1/2 Ko. 65, 70, 75, 80 &
Brasil u. Feix 80, 100, 115, 125-160 &
Domingos, gutbrennend 85, 100, 110 &
Carmen, a 1/2 Ko. 115, 120-350 &
zum Wille.
Sumatras per 1/2 Ko. 130-500 &
Preis-Courant gratis.
Verband gegen Nachnahme.
Albert Kramolowsky
Ring 60, Gde Oderstraße.
Cigarettenfabrik, Cigarren u. Rohtabake.

Der
Süddeutsche Postillon
Nr. 1,
illustrirtes socialdem
Wißblatt,
ist soeben erschienen und zum Preise von
10 Pfennig
durch alle Colporteurs dieses Blattes
zu beziehen.

Vereins-Kalender.
Altwasser.
Allgemeiner Arbeiterverein
Jeden Sonnabend: Gesangs- u. Lied- u.
im Vereinslocal (Gasthof des Herr
Schmidt).

Abends
bis 9 Uhr
geöffnet.

Die Musik kommt!
Wenn Mariot bei Lieblich singt:
„Die Musik kommt,“ das zündet,
Weil mit Humor er Melodie
Auf's herrlichste verbindet!
Ja, da liegt noch Musik drin!
Das muß man Mariot lassen!
Der Komiker muß Jedermann
Auf's Prächtigste wohl passen!
Wir freu'n uns, daß wir ihn gehört
Das können wir betheuern!
„Gold-Bierundstiebig“ wird ihn oft
Mit schönen Versen feiern!

Jetzt
Winter-Paletots von 9 Mk. an
hochfeine von 13 Mk. an, au
Seide und Plüsch gearbeitete
Schwaloffs von 10 Mk. an, mi
Pelerins, hochleg. billigst, solid
Herren-Anzüge v. 10 Mk. an, hoch
feine v. 15 Mk. an, Brautanzüge
in Tuch und Baumgarn v. 25 Mk.
an, sehr gute v. 33 Mk. an, Herren-
Jaquets von 5 Mk. an, Herren-
Schlafroben v. 4 Mk. an, Barkin-
Hosen von 3 Mk. an, sehr feine von
5 Mk. an, Hosen u. Westen v.
6 Mk. an, modernste von 8 Mk. an
Knaben-Paletots mit Besatz von
2 Mk. an, Livrees jeder Art
Kellner-Gracks und Anzüge.
Frack-Verleih-Institut.
Nur neue und elegante Sachen

„Goldene 74“
I. Et., Ohlauerstr. 74, I. Et.
Jeder Käufer erhält eine
Kleiderbürste gratis.
Elektrisch
beleuchtet.

Gegen die Militärvorlage!
Soeben erschienen:
100,000 Soldaten mehr!
Ein Wort zur Militärvorlage
von Emil Rosenow.
Preis 10 Pfennige.
Verlag von C. G. Ludwig in Chemnitz.
Diese Broschüre behandelt in eingehender Weise die
Militärvorlage, sie bringt das ganze Zahlenmaterial, die
Staatsschulden, die indirekten Steuern, die durch die Vorlage er-
zeugten Belastungen, die beabsichtigte Heeres-Organisation,
eine Kritik der neuen Steuerprojekte, die Stellung der bürgerlichen
Parteien, die Sozialdemokratie, die Forderung der Volkswehr. —
Die Broschüre ist durch ihren billigen Preis und durch ihren packen-
den, trefflichen Inhalt ein Agitationsmittel ersten Ranges, welches
überall seine Wirkung thun wird. Allen Genossen empfehle wir
dasselbe. — Für Wiederverkäufer, Colporteurs höchster Rabatt. —
Einzelbestellungen ist der Betrag und das Porto beizulegen.
Zu haben in der Expedition d. Blattes.

Über 500 Illustrationstafeln und Kartenbeilagen.
Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.
MEYERS
KONVERSATIONS-LEXIKON
VIERTE AUFLAGE.
Das 2. Heft und den 1. Band liefert jede Buchhandlung
zur Ansicht.
256 Hefte à 50 Pfennig. — 10 Halbraumbände à 10 Mark.